



**EUROPÄISCHE KOMMISSION**

**NICARAGUA**

**LÄNDERSTRATEGIEPAPIER**

2007-2013

03.04.2007 (E/2007/479)

## Inhalt

<b>INHALT</b> .....	<b>1</b>
<b>1 ZIELE DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DER GEMEINSCHAFT</b> .....	<b>4</b>
<b>1.1 Allgemeine Ziele</b> .....	<b>4</b>
<b>1.2 Besondere Ziele in Latein- und Zentralamerika</b> .....	<b>5</b>
<b>1.3 Spezifische Ziele für Nicaragua</b> .....	<b>6</b>
<b>2 LÄNDERANALYSE UND MITTELFRISTIGE AUFGABEN</b> .....	<b>6</b>
<b>2.1 Rechtsstaatlichkeit/Politik</b> .....	<b>6</b>
2.1.1 Rechtsstaatlichkeit .....	7
2.1.2 Bekämpfung von Korruption und Straffreiheit .....	8
2.1.3 Zivilgesellschaft .....	8
<b>2.2 Sozialer Zusammenhalt und Armut</b> .....	<b>9</b>
<b>2.3 Handel und Makroökonomie</b> .....	<b>10</b>
<b>2.4 Produktionsprozess</b> .....	<b>13</b>
<b>2.5 Gefährdung und Umweltsituation</b> .....	<b>14</b>
<b>2.6 Regionale und internationale Integration</b> .....	<b>15</b>
<b>3 POLITISCHE AGENDA NICARAGUAS</b> .....	<b>15</b>
<b>4 ÜBERSICHT ÜBER DIE KOOPERATION MIT NICARAGUA IN DER VERGANGENHEIT UND GEGENWART, KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ</b> .....	<b>16</b>
<b>4.1 Überblick über vergangene und gegenwärtige EG-Zusammenarbeit (Erfahrungen)</b> .....	<b>16</b>
<b>4.2 Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit mit Nicaragua</b> .....	<b>19</b>
4.2.1 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und andere Geber .....	19
4.2.2 Koordinierungsmechanismen .....	20
4.2.3 Aufschlüsselung der Hilfe nach Sektoren .....	21
<b>4.3 Kohärenz mit anderen EG-Politiken und -Instrumenten</b> .....	<b>21</b>
<b>5 STRATEGIE DER EG</b> .....	<b>22</b>
<b>5.1 Allgemeine Ziele</b> .....	<b>22</b>
<b>5.2 Durchführungsfragen</b> .....	<b>22</b>
<b>5.3 Strategie für die Zusammenarbeit der EG und Schwerpunktsektoren</b> .....	<b>23</b>
5.3.1 Demokratie und Staatsführung .....	24
5.3.2 Humankapital, besonders Bildung .....	25
5.3.3 Wirtschafts- und handelspolitische Fragen .....	26
5.3.4 Überprüfungs- und Evaluierungsgrundsatz, Risikobewertung .....	27
5.3.5 Sektorübergreifende Aufgaben .....	27
<b>6 RICHTPROGRAMM</b> .....	<b>29</b>
<b>6.1 Schwerpunkte und Ziele</b> .....	<b>29</b>
<b>6.2 Sektoren für die Zusammenarbeit</b> .....	<b>29</b>
6.2.1 Verantwortungsvolle Staatsführung und Demokratie .....	30
6.2.2 Bildungswesen .....	31
6.2.3 Wirtschafts- und handelspolitische Fragen .....	32
<b>6.3 Integration von sektorübergreifenden Themen</b> .....	<b>33</b>
<b>6.4 Indikatives Arbeitsprogramm</b> .....	<b>33</b>
<b>6.5 Im Rahmen anderer EG-Programme und –Instrumente finanzierte Maßnahmen</b> .....	<b>34</b>
<b>ABKÜRZUNGEN:</b> .....	<b>36</b>

## ZUSAMMENFASSUNG

Dieses Länderstrategiepapier ist im historischen Kontext von Nicaragua zu sehen, der durch lang anhaltende interne Auseinandersetzungen geprägt ist. Das Wiedererlangen des vorherigen Entwicklungsstandes ist eine wesentliche Herausforderung für das Land. Gleichzeitig hat Nicaragua mit weiteren großen Problemen zu kämpfen: vollständige Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung der Korruption, Demokratisierung aller Gesellschaftsschichten, Förderung des sozialen Zusammenhalts, Integration in die regionale Wirtschaft und Eingliederung in die Weltwirtschaft, Schutz der natürlichen Ressourcen und Finden einer nationalen Identität im Kontext politischer Instabilität. Zahlreiche Zwänge, die angespannte soziopolitische Lage und die länderspezifischen Werte erschweren die Entwicklung des Landes.

Aus historischen und humanitären Gründen ist Nicaragua ein Land mit einer starken Geberpräsenz. Die Auslandsfinanzierung spielt eine äußerst wichtige Rolle für die makroökonomische Stabilität, den sozialen Zusammenhalt und die Entwicklungsmöglichkeiten. Der bewährte Koordinierungsmechanismus dürfte die Grundlage für die Umsetzung der Pariser Erklärung zur Harmonisierung und Angleichung bilden.

Die vorliegende Strategie der EG wurde nach einem umfassenden Konsultationsprozess mit zahlreichen beteiligten Akteuren konzipiert und ist mit dem Entwicklungsprogramm des Landes verknüpft. Sie ist jedoch nicht als Gesamtheit, sondern als Beitrag und Ergänzung der Europäischen Kommission zu den von Nicaragua und der übrigen Gebergemeinschaft unternommenen Anstrengungen zu verstehen. Koordinierung und Harmonisierung bilden daher wesentliche Bestandteile ihrer Umsetzung. Aus diesem Grund wird die Zusammenarbeit mit Nicaragua weiterhin auf Sektorkonzepten (soweit möglich erfolgt die Finanzierung über nicht zweckgebundene Budgethilfen) und dem Ausbau von Kapazitäten beruhen. Es kann jedoch die gesamte Palette der Instrumente der EG bei der Konzipierung der Durchführungsoptionen, insbesondere außerhalb der Schwerpunktsektoren, berücksichtigt werden.

Gemäß den Zielen der Entwicklungspolitik der EG und der Schlussfolgerungen des Gipfels von Guadalajara, insbesondere zum sozialen Zusammenhalt, weist die Strategie der EG folgende Schwerpunkte auf:

- Förderung der Staatsführung, insbesondere Festigung der Demokratie, verantwortungsvolle Staatsführung und wirksame Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit;
- Investitionen in Humankapital, insbesondere Bildung, zur Verringerung sozialer Ungerechtigkeit, regionaler Unausgewogenheit, geschlechterspezifischer und kultureller Nachteile und für die bessere Anpassung des Bildungssystems an den Entwicklungsbedarf des Landes;
- Gewährleistung der makroökonomischen Nachhaltigkeit sowie Stärkung des Handels von Nicaragua und Eingliederung in die Weltwirtschaft als Beitrag für ein nachhaltiges und gerechtes Wirtschaftswachstum.

Diese Schwerpunktsektoren umfassen die durchgängige Berücksichtigung einer Reihe unterschiedlicher Themen: die regionale wirtschaftliche Integration, die ländliche Prägung, die ökologische Nachhaltigkeit und das Risikomanagement, die Menschenrechte, insbesondere die Gleichstellung von Mann und Frau, sowie die Dezentralisierung des Staates.

Im Hinblick auf die Zivilgesellschaft muss im gegenseitigen Interesse der EG und der Zivilgesellschaft (sowie der Regierung) eine neue Beziehung gefunden werden.

Die Durchführung der Programme erfolgt über einen Zeitraum von sieben Jahren und umfasst zwei aufeinander folgende Richtprogramme. Im Rahmen des Instruments für die Entwicklungszusammenarbeit (Development Cooperation Instrument – DCI) ist für Nicaragua für den Zeitraum 2007-2013 eine indikative Mittelzuweisung in Höhe von 214 Mio. EUR vorgesehen. Diese Mittel können durch Projekte und Programme ergänzt werden, die im Rahmen der Regionalprogramme für Mittel- und Lateinamerika oder über thematische Programme finanziert werden.

## **1 ZIELE DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DER GEMEINSCHAFT**

Dieses Länderstrategiepapier wird durch die allgemeinen Ziele der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Gemeinschaft, die spezifischeren Ziele der Beziehungen der EG mit Latein- und Zentralamerika und die bilateralen Ziele für die Beziehungen zwischen der EG und Nicaragua bestimmt.

### **1.1 Allgemeine Ziele**

Artikel 177 **des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft** enthält die allgemeinen Ziele der Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft: die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die harmonische, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft, die Bekämpfung der Armut, die Entwicklung und Festigung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Im November 2005 verabschiedeten der Rat, die im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament den *„Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik“*, in dem erstmals eine gemeinsame Vision für die Maßnahmen der EU sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten als auch auf Ebene der Gemeinschaft für die Entwicklungszusammenarbeit dargestellt wird. Demnach besteht das vorrangige Ziel der Entwicklungspolitik der Gemeinschaft in der Beseitigung der Armut im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung, einschließlich der Verwirklichung der Millenniumsziele auf dem Gebiet der Entwicklung (MDG), der Förderung von Demokratie, verantwortungsvoller Staatsführung und der Achtung der Menschenrechte. Der Konsens betont auch die Bedeutung der Partnerschaft mit den Entwicklungsländern und die Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung, der Achtung der Menschenrechte und Demokratie im Hinblick auf eine gerechtere Globalisierung. Es wird erneut die Verpflichtung bekräftigt, auch die Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung zu fördern und dabei das Prinzip zugrunde zu legen, dass dafür zu sorgen ist, dass die Gemeinschaft die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit in all ihren Politikfeldern, die die Entwicklungsländer berühren können, berücksichtigt und diese Politiken die Entwicklungsziele unterstützen. Der Grundsatz der Eigenverantwortung der Partnerländer für Entwicklungsstrategien und -programme wird wiederholt und ein intensiverer politischer Dialog und eine entscheidendere Rolle der Zivilgesellschaft in der Entwicklungszusammenarbeit angestrebt.

## **1.2 Besondere Ziele in Latein- und Zentralamerika**

Ab Januar 2007 ist Nicaragua nach der **Verordnung** des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit in Anwendung des Artikels 179 des **Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft** förderfähig.

Auf dem Gipfeltreffen der lateinamerikanischen und europäischen Länder in Guadalajara wurde das Hauptgewicht auf Multilateralismus, regionale Integration und sozialen Zusammenhalt<sup>1</sup>, die wichtigsten Schwerpunkte für den politischen Dialog und die Zusammenarbeit, gelegt. Diese Vereinbarungen sind in Zentralamerika über Initiativen für den sozialen Zusammenhalt auf Länderebene und Initiativen für die regionale Integration auf regionaler Ebene in konkrete Aktionsprogramme zu übertragen.

In ihrer Mitteilung im Dezember 2005 zu einer verstärkten Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika wiederholte die Kommission ihr Ziel einer strategischen Partnerschaft mit der gesamten Region und hebt hervor, dass ein politischer Dialog, zielgerichtete Zusammenarbeit, Förderung von Handel und Investitionen sowie eine bessere Angleichung der Zusammenarbeit an die politische Agenda und den Bedarf der Empfängerländer erforderlich sind.

Die regionale Zusammenarbeit zwischen der EU und den sechs Republiken des zentralamerikanischen Isthmus ist vom **Dialog von San José** geprägt, der 1984 in Costa Rica ins Leben gerufen wurde und nun zum wichtigsten Forum für den politischen Dialog zwischen den beiden Regionen geworden ist. Dieser jährlich stattfindende Dialog war ursprünglich zur Unterstützung des Friedensprozesses und der Demokratie in der Region gedacht. Nach seiner Erneuerung in den Jahren 1996 und 2002 wurde er auf Bereiche wie nachhaltige und gerechte wirtschaftliche und soziale Entwicklung, den Kampf gegen Unsicherheit und Kriminalität sowie Rechtsstaatlichkeit und Sozialpolitik ausgeweitet.

Das Rahmenabkommen über die regionale Entwicklungszusammenarbeit, das 1993 zwischen diesen sechs zentralamerikanischen Ländern und der Kommission geschlossen wurde, trat 1999 in Kraft. Dieses Abkommen der „dritten Generation“ deckt ein breites Spektrum von Sektoren ab und sieht die Schaffung eines Gemischten Ausschusses zur Überwachung seiner Durchführung sowie von Unterausschüssen zur eingehenden Prüfung bestimmter Bereiche des Abkommens vor.

Im **Dezember 2003** wurde ein neues **Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit** zwischen der EU und Zentralamerika unterzeichnet, das nach seiner Ratifizierung den Dialog von San José institutionalisieren und in die Zusammenarbeit Bereiche wie Migration und Terrorismusbekämpfung einbeziehen wird. Es ebnet zudem den Weg für ein künftiges Assoziationsabkommen, das gemeinsame strategische Ziel beider Parteien, das auf dem Gipfeltreffen der lateinamerikanischen und europäischen Länder in Guadalajara im Mai 2004 festgelegt wurde. Die beiden Regionen beschloss, dass ein künftiges Assoziationsabkommen, einschließlich eines Freihandelsabkommen, auf dem Ergebnis der Doha-Entwicklungsagenda und einem ausreichenden Grad an regionaler Integration basieren solle. In der Erklärung von Wien der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und Lateinamerikas und der Karibik am 12. Mai 2006 wird die Erweiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der EU

---

<sup>1</sup> Sozialer Zusammenhalt umfasst die Bekämpfung von Armut, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit. In der sozialpolitischen Agenda der Europäischen Union wird das Konzept des sozialen Zusammenhalts als folgendes Ziel definiert: „*Armut und Ausgrenzung sollen verhindert und eliminiert werden und die Eingliederung aller Menschen in das wirtschaftliche und soziale Leben soll gefördert werden.*“

und Lateinamerika und der Karibik in allen Bereichen im Geiste gegenseitiger Achtung, Gleichheit und Solidarität bekräftigt. In diesem Zusammenhang und auf Grundlage des positiven Ergebnisses der gemeinsamen Bewertung beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und Lateinamerikas und der Karibik, Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen und die Schaffung einer Freihandelszone aufzunehmen.

### **1.3 Spezifische Ziele für Nicaragua**

Nicaragua hat wie Lateinamerika im Allgemeinen starke kulturelle und historische Beziehungen zu Europa. In den 80er-Jahren spielte Europa im Friedensprozess in Zentralamerika und der anschließenden Konsolidierung eine wichtige Rolle. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen sowie aufgrund der geografischen Nähe orientiert sich die neue Generation von Unternehmern stärker an den USA (in denen eine große nicaraguanische Gemeinde ansässig ist) als an Europa. Die neue Regierung, die im Januar die Amtsgeschäfte aufnehmen wird, hat ihre Absicht zum Ausdruck gebracht, ihre Außenbeziehungen innerhalb Lateinamerikas und mit Europa zu diversifizieren.

Der Umfang der **Zusammenarbeit** zwischen der Europäischen Union und Nicaragua, die die Höchste in Lateinamerika darstellt, ist mit der hohen Armut Nicaraguas und der Bereitschaft der europäischen Länder zur Festigung der Demokratie verbunden und impliziert einen substanziellen **politischen Dialog**. Die Europäische Union (Mitgliedstaaten und Kommission) trägt mehr als 50 % der gesamten Kooperationsbeihilfen für Nicaragua bei und ist ein wichtiger Akteur in der Entwicklung.

Die Schwerpunkte des politischen Dialogs und die größten Herausforderungen für die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Nicaragua wurden in dem im Dezember 2003 unterzeichneten und bereits ratifizierten neuen Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit hervorgehoben. Insbesondere werden die Förderung der regionalen Integration und die Unterstützung der Verhandlungen des Assoziationsabkommens betont und die Notwendigkeit einer Angleichung der Zusammenarbeit zur Förderung des sozialen Zusammenhalts, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit unterstrichen. Die Europäische Kommission unterzeichnete die Erklärung von Managua über die Zusammenarbeit, eine Vereinbarung zwischen der Gebergemeinschaft und der Republik Nicaragua.

## **2 LÄNDERANALYSE UND MITTELFRISTIGE AUFGABEN**

### **2.1 Rechtsstaatlichkeit/Politik**

Der Zeitraum 2002-2006 war von einer institutionellen und politischen Krise geprägt. Eine von dem Sandinisten Daniel Ortega Saavedra (bereits Präsident im Zeitraum von 1985 bis 1990) geführte neue Regierung wird ab Anfang 2007 im Amt sein (siehe politische Situation in [Anhang 2](#)). Die meisten Herausforderungen in Nicaragua bleiben jedoch, ungeachtet der politischen Richtung der nächsten Regierung, bestehen.

### 2.1.1 Rechtsstaatlichkeit

Die Rechtsstaatlichkeit ist in Nicaragua nicht vollständig umgesetzt und seiner formellen Demokratie und der Wahldemokratie fehlen eine effektive Institutionalisierung und aktive Beteiligung. Insbesondere der „Pakt“ (*El Pacto*)<sup>2</sup> gibt Anlass zur Sorge, da die wichtigen politischen Parteien die entscheidenden Stellen in den staatlichen Schlüsselorganen innehaben (insbesondere dem Obersten Gerichtshof, dem Obersten Wahlrat (CSE) sowie der Oberste Kontrolleur der Republik). Das politische Leben ist durch Polarisierung und *Caudillismo* geprägt. Im Jahr 2005 gipfelte diese Situation in einer offenbaren Lähmung der Entscheidungsprozesse. Große Teile der Bevölkerung werden am politischen Entscheidungsprozess nicht beteiligt: Nach den Daten einer Studie des *Latinobarómetro*<sup>3</sup> aus dem Jahr 2004 sind nur 21 % der Nicaraguaner mit ihrer Demokratie zufrieden.

Wirkliche Gewaltenteilung bedeutet nicht, dass eine Gewalt über den anderen steht, sondern dass jede ihre eigene Funktion ausübt und ein Gegengewicht für die anderen darstellt. Dies ist in Nicaragua nicht der Fall. Der Aufbau einer modernen und partizipativen Demokratie ist somit die wichtigste Aufgabe für Nicaragua. Dies bedeutet unter anderem:

- eine kompetente und effiziente Exekutive;
- eine als Legislative agierende Nationalversammlung;
- eine unabhängige und kompetente Judikative, die für alle den gleichen Zugang zur Justiz gewährleistet,
- politischer Pluralismus mit modernen und dynamischen politischen Parteien, die interne und externe Möglichkeiten für eine demokratische Beteiligung eröffnen,
- eine entpolitisierte öffentliche Verwaltung mit einer Einstellungspraxis und Laufbahnentwicklung auf Grundlage von Verdienstkriterien,
- eine unabhängige und entpolitisierte Wahlbehörde, die die repräsentative Demokratie schützt,
- eine Stärkung des Bürgerbewusstseins in der Bevölkerung.

---

<sup>2</sup> Der „Pacto“ wurde von den beiden wichtigsten politischen Parteien (*Frente Sandinista de Liberación Nacional* -FSLN- und *Partido Liberal Constitucionalista* -PLC-) im Jahr 2000 unterzeichnet und durch eine Verfassungsänderung besiegelt.

<sup>3</sup> Marta Lagos und Yun-Han Chu, *Latinobarómetro und Asian Barometer, Cross-Continental Comparison*, Brüssel 2005.

### 2.1.2 Bekämpfung von Korruption und Straffreiheit

Korruption wird in Nicaragua als weit verbreitet wahrgenommen<sup>4</sup>. Die Bevölkerung und die internationale Gemeinschaft unterstützten den von der Regierung von M. Bolaños geführten Kampf gegen die Korruption, in der öffentlichen Wahrnehmung konnte Nicaragua, abgesehen von wenigen Erfolgen, die Korruptionsprobleme<sup>5</sup>, jedoch nicht ernsthaft lösen und die Straffreiheit nicht beenden. Die Politik zur Eliminierung von Bestechung scheint gescheitert zu sein.

Zahlreiche gerichtliche Entscheidungen in Zusammenhang mit Drogenhandel, Bodenrecht und gewerbliche Bankaktivitäten sind als voreingenommen zu bezeichnen und resultieren aus der im Land vorherrschenden Unsicherheit und Parteilichkeit der Justiz. Dies trägt zu einem für die Geldwäsche günstigen Klima bei. Auch der Drogenhandel und der Gebrauch von Drogen nehmen zu (Nicaragua ist kein wichtiges Erzeuger-, sondern Transitland), insbesondere in den Atlantikregionen, in denen die Situation zunehmend Anlass zur Sorge gibt. Es ist auf die Notwendigkeit eines soliden rechtlichen Rahmens, der keine Auslegungen zulässt, zur Stützung der Rechtssicherheit hinzuweisen. Nicaragua ist zudem ein Transitland für Handfeuerwaffen und Kleinwaffen, die sehr häufig mit rechtswidrigen Handlungen wie Geldwäsche und Drogenhandel in Verbindung stehen. Wie in den übrigen Ländern der Subregion Zentralamerika ist auch in Nicaragua eine weit verbreitete Verfügbarkeit von Handfeuerwaffen gegeben.

In einer unlängst veröffentlichten Studie der Weltbank<sup>6</sup> wurde die Struktur der Wahrnehmung von Korruption analysiert. In den öffentlichen Diensten ist Korruption auf niedriger Ebene festzustellen, wobei die dabei fließenden Geldmengen geringer als in anderen Ländern sind. Die Wahrnehmung der Korruption auf hoher Ebene bzw. die Einflussnahme ist weiterhin hoch und scheint mit politischer und justizieller Unsicherheit verbunden zu sein. Die Korruption entwickelt sich rückläufig und trifft kleine Unternehmen und arme Bürger am stärksten.

### 2.1.3 Zivilgesellschaft

Die nicaraguanische Zivilgesellschaft hat in der Geschichte des Landes eine wichtige Rolle gespielt. Derzeit sind die Zivilgesellschaft und insbesondere die Nichtregierungsorganisationen äußerst heterogen und weisen unterschiedliche Autonomie, Kapazitäten und Erfahrungen auf, was zu Vertretungsproblemen und Meinungsverschiedenheiten führt<sup>7</sup>.

Der Dialog zwischen der Zivilgesellschaft, der Regierung und sonstigen Einrichtungen könnte verbessert werden. Insbesondere scheint es an gegenseitigem Vertrauen zwischen der Zivilgesellschaft, der Regierung und den politischen Parteien zu fehlen,

---

<sup>4</sup> Nicaragua befindet sich auf Platz 111 der 163 von Transparency International im Jahr 2006 analysierten Länder.

<sup>5</sup> Der Fall des Ex-Präsidenten Arnoldo Alemán ist ein bemerkenswertes Beispiel. Die PLC und die FSLN scheinen eine schwerwiegende Anklage wegen Korruption nicht für hinreichend zu betrachten, um die politische Karriere von Herrn Alemán zu beenden.

<sup>6</sup> Weltbank, Nicaragua, Evaluación del Clima de Inversión, Evidencia del Sector Manufacturero, Abril 2005

<sup>7</sup> Zudem agiert ein Teil der Zivilgesellschaft hauptsächlich aufgrund der Möglichkeiten, Auslandsfinanzierungen zu erwirken.

mit den entsprechenden Folgen. Das Fehlen eines Dialogs zwischen der Zivilgesellschaft und den verschiedenen staatlichen Einrichtungen hat zu einem Vakuum im demokratischen Aufbau Nicaraguas geführt. In bestimmten Sektoren ist die Zivilgesellschaft hingegen durch Vertretungsmechanismen, Verwaltung und Maßnahmen zu verschiedenen Themen von nationalem Interesse gut positioniert und könnte im Rahmen einer „Bereitschaft zum Dialog“ eine positive Rolle übernehmen.

## **2.2 Sozialer Zusammenhalt und Armut**

Nicaragua ist nach wie vor eines der ärmsten Länder Lateinamerikas: Die Hälfte der Bevölkerung ist von Armut betroffen, d. h. es gibt mehr als 2 Mio. arme Menschen in dem Land. Dies stellt eine wichtige Herausforderung dar. Die Armut konzentriert sich auf die ländlichen Gebiete, in den zwei von drei Personen arm sind. Die extrem ungleiche Einkommensverteilung, die Chancenlosigkeit, ein nicht-partizipatives politisches System und ein ungerechter Zugang zu öffentlichen Gütern zeigen einen schwerwiegenden Mangel an sozialem Zusammenhalt.

Der fehlende soziale Zusammenhalt und die weit verbreitete Armut stehen einem wirtschaftlichen Wachstum, sozialer Entwicklung und ökologischer Nachhaltigkeit im Wege. Armut schlägt sich in niedrigen Einkommen, einem kleinen Binnenmarkt, schlechten Gesundheitsbedingungen (einschließlich Geburtenkontrolle) und einem unzureichenden Zugang zu Bildung und grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen (wie z. B. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie Energie) sowie hohen Aus- und Abwanderungsraten, sowohl innerhalb des Landes als auch in andere Länder, wie Costa Rica und die USA, nieder.

Die Investitionen in „Humankapital“, d. h. unter anderem allgemeine und berufliche Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung, sind nach wie vor vollkommen unzureichend. Bildung ist stark mit höherem Wohlstand verbunden. Die Analphabetenrate beträgt nach wie vor 23,3 %. Die Haushaltsmittel für Primar- und Sekundarbildung sowie für berufliche Ausbildung liegen weit unter den internationalen Standards<sup>8</sup>; die Verfassung sieht hingegen für Universitäten relativ hohe Haushaltsmittel vor, was nicht mit dem Bedarf oder der Wirksamkeit verbunden ist. Diese Unausgewogenheit besteht auch in Bezug auf die Qualität und die Korrelation zwischen höheren Einkommen und höherer Bildung stellt nach wie vor keinen Anreiz für den Schulbesuch dar. Es besteht die Notwendigkeit einer höheren Qualität sowie neuer und wissensbasierter Technologien, auch um die digitale Kluft zu verringern.

Aufgrund des Bevölkerungswachstums drängen jedes Jahr 80 000 Personen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt, wovon hauptsächlich die Schattenwirtschaft profitiert: Im Jahr 2003 waren 43 % der Bevölkerung auf nationaler Ebene im inoffiziellen Sektor beschäftigt, vorwiegend Frauen mit sehr geringen Einkommen und einer niedrigen Produktivität.

Die Regierung hat noch keine Maßnahmen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts ins Leben gerufen. Die jüngsten Anstrengungen konzentrierten sich vielmehr auf die Armutsbekämpfung. Trotz einiger Verbesserungen in Bezug auf die Progression hat die letzte Steuerreform nur geringen Einfluss und zielt auf eine höhere Erhebung ohne eine effektive Verteilung. Die öffentlichen Ausgaben für die Armutsbekämpfung stiegen von 40,7 % des Staatshaushaltes im Jahr 2001 auf 48 % im Jahr 2004<sup>9</sup> und werden für das Gesundheitswesen, Bildung, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung aufgewendet.

---

<sup>8</sup> Die nicaraguanischen Primar- und Sekundarschullehrer erhalten die schlechteste Bezahlung in ganz Lateinamerika.

<sup>9</sup> Quelle: SECEP

72 % des Haushalts werden durch Auslandsfinanzierung, direkte Finanzierung oder die HIPC-Initiative aufgebracht. Die Ausgaben für die Armutsbekämpfung pro Kopf sind in den vergangenen Jahren jedoch gesunken und betragen weniger als 10 % des BIP. Die Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele (siehe [Anhang 4](#)) zeigen die Schwierigkeiten Nicaraguas beim Erreichen der meisten dieser Ziele auf.

Die geografische Integration innerhalb Nicaraguas ist schwach. In weiten Teilen des Landes fehlen richtige Straßen, Kommunikation, Infrastruktur oder eine institutionelle Präsenz für das Angebot grundlegender sozialer, administrativer oder justizieller Dienstleistungen, insbesondere in abgelegenen Gebieten wie der Karibikküste. Diese Situation fördert illegale Aktivitäten wie z. B. den Drogenhandel.

Die ethnischen Gruppen, einschließlich Personen afrikanischer Abstammung und indigene Gemeinschaften am Atlantik sowie in einigen Gebieten der Region Pazifik und der nördlichen Region, leben in extremer Armut und haben mit administrativer und politischer Diskriminierung zu kämpfen<sup>10</sup>.

Im Vergleich zu anderen zentralamerikanischen Ländern weist Nicaragua die höchste öffentliche Sicherheit auf. Der schwache soziale Zusammenhalt, die Missachtung der Kinderrechte, zunehmende Kriminalität in Verbindung mit Jugendbanden („*pandillas*“ oder „*maras*“) in den Nachbarländern sowie der Drogenhandel stellen ernsthafte Gefahren dar. Insgesamt bemüht sich Nicaragua um die Achtung der Menschenrechte und hat die meisten internationalen Übereinkünfte ratifiziert. Das Land hat jedoch weder das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs noch das Fakultativprotokoll zur Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau unterzeichnet.

Nicaragua weist ein hohes Maß an geschlechterspezifischer Ungleichheit auf. Gewalt gegen Frauen, insbesondere in den Familien, ist eine der dramatischsten Ausprägungen und in letzter Zeit gestiegen<sup>11</sup>. Mehrere Faktoren haben diese Situation verschärft: soziale Ungerechtigkeit, Armut, Emigration, Arbeitslosigkeit, Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, Weltanschauungen und andere Formen der Diskriminierung (siehe [Anhang 5.1](#)).

Die Anzahl der Auswanderer aus Nicaragua ist relativ hoch (im Jahr 2004 lebten zwischen 400 000 und 800 000 Personen illegal im Ausland). Die Ziele sind vorwiegend die USA und in jüngster Zeit Costa Rica. Überweisungen aus dem Ausland ([siehe Abschnitt 2.3.](#)) stellen einen wichtigen Faktor für den sozialen Zusammenhalt dar, da sie direkt an arme Familien gesendet werden und somit einen wichtigen Puffer gegen Armut darstellen und zumindest einen grundlegenden Konsum ermöglichen. Andererseits stellt die Emigration einen Faktor externer Abhängigkeit und einen Verlust von Humankapital für das Land dar. Die Emigranten sind dem Risiko ausgesetzt, Opfer von Schleusern und Menschenhändlern zu werden.

### **2.3 Handel und Makroökonomie**

Trotz der von struktureller Anpassung geprägten Jahre und der seit drei Jahren bestehenden Fazilität zur Armutsrückbildung und Wachstumsförderung (PRGF), dem

---

<sup>10</sup> Vor kurzem hat der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte die nicaraguanische Regierung für den Ausschluss von Yatama (indigene politische Partei) von den Kommunalwahlen im Jahr 2000 verurteilt. Dieser Ausschluss stellt nicht nur einen „*indigenen Ausschluss*“ dar, sondern ist hauptsächlich auf den „*Pacto*“ zurückzuführen, der kleine politische Parteien ausschließt.

<sup>11</sup> Nach Angaben des Gesundheitsministeriums und der Polizei werden 95 % der Vergewaltigungen im Land von nahen Verwandten begangen.

Erreichen des Ausführungspunkts der HIPC-Initiative und der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und der Inflationseindämmung bleibt die makroökonomische Lage weiterhin gefährdet. Nicaragua hatte bei der Durchführung seiner Wirtschaftsreformen mit ernsthaften Schwierigkeiten zu kämpfen. Die fehlende politische Unterstützung für die Regierungspolitik in der Nationalversammlung stellte einen wichtigen Faktor dar. Die Inlandsverschuldung ist hoch und das Handelsdefizit hält sich auf einem sehr hohen Stand. Die Zahlungsbilanz weist aufgrund der Überweisungen aus dem Ausland<sup>12</sup> der Emigranten (13 % bis 18 % des BIP) und der internationalen Kooperation (etwa 13 % des BIP) ein prekäres Gleichgewicht auf. Die G-8-Initiative im Jahr 2005 zur Entschuldung von 100 % der multilateralen Schulden an den IWF und die Weltbank dürfte sich in den kommenden Jahren auf Nicaragua auswirken, selbst wenn keine zusätzlichen Mittel für die Haushaltlinie für Zusammenarbeit der Geberländer zur Verfügung stehen.

Die Regierung von Bolaños räumt der Finanzpolitik weiterhin eine hohe Priorität ein. Die hohe öffentliche Schuldenlast erfordert weitere Anstrengungen für eine Konsolidierung der Staatsfinanzen in den kommenden Jahren, um die Schuldendynamik auf einen nachhaltigen Weg zu führen. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, umfasst das Haushaltsprogramm die Stärkung der Steuerverwaltung und die Steigerung der Qualität der öffentlichen Ausgaben (einschließlich einer Erhöhung der Ausgaben für Armutsbekämpfung<sup>13</sup>). Zudem werden mehrere wichtige Steuerreformen auf den Weg gebracht, um die mittelfristige Konsolidierung der Staatsfinanzen zu unterstützen: Steuerordnung, Rentenreform, Dezentralisierung, Reform des öffentlichen Dienstes und steuerliche Transparenz.

Die Inlandsverschuldung wird den Haushalt in den kommenden Jahren weiterhin belasten und ihr Schuldendienst hat die Zahlung der Auslandsverschuldung seit der HIPC-Initiative ersetzt. Der Schuldendienst für die Inlandsverschuldung belief sich im Jahr 2004 auf etwa 84 % des gesamten Schuldendienstes. Die Inlandsverschuldung setzt sich hauptsächlich aus Schuldverschreibungen zur Beihilfe (BPI) und marktfähigen Investitionszertifikaten (CENI)<sup>14</sup>, zusammen und ist teilweise auf Misswirtschaft der öffentlichen Finanzen zurückzuführen. Die HIPC-Initiative zur Entschuldung wirkte sich positiv aus, es ist jedoch wichtig, die Auslandsverschuldung und Handelsverbindlichkeiten unter Kontrolle zu halten, um eine erneute Abwärtsspirale der Verschuldung zu vermeiden.

Die internationale Zusammenarbeit trägt einen großen Teil zum Staatshaushalt bei und ist für die Zahlungsbilanz unerlässlich. Durch die Zusammenarbeit werden sowohl laufende Aufwendungen als auch öffentliche Investitionsausgaben finanziert (80 % der Mittel für öffentliche Investitionen, die auch einige laufende Aufwendungen umfassen). Mittel- und langfristig ist die Abhängigkeit von der Zusammenarbeit schrittweise zu reduzieren und durch nationale Mittel zu ersetzen. Vor kurzem hat die Regierung von Nicaragua mit Unterstützung der Gebergemeinschaft versucht, einen mittelfristigen Ausgabenrahmen zu

---

<sup>12</sup> Im Jahr 2004 beliefen sich die Überweisungen aus dem Ausland an Nicaragua auf zwischen 750 und 800 Mio. USD. Davon kamen 65 % aus den USA und 28 % aus Costa Rica. Die Ausfuhren betragen im Jahr 2004 insgesamt 756 Mio. USD.

<sup>13</sup> Von 10,4 % des BIP im Jahr 2002 auf 12,4 % des BIP im Jahr 2004

<sup>14</sup> Die Schuldverschreibungen zur Beihilfe (BPI) wurden nach einer Vereinbarung („*la piñata*“) der politischen Parteien in den neunziger Jahren für die Ausgleichszahlungen für die konfiszierten Vermögenswerte, durch die diese Konfiszierungen *de facto* legalisiert wurden, ausgegeben. Die BPI sind langfristige Kupons. Aufgrund von Gerichtsurteilen nehmen sie regelmäßig zu.

Die marktfähigen Investitionszertifikate (CENI) wurden erst vor kurzem eingeführt. Sie wurden hauptsächlich nach der Bankenkrise (vorwiegend betrügerischer Bankrott) zwischen 1997 und 2001 emittiert. Es handelt sich um kurzfristige Kupons mit einem Marktzinssatz in Córdoba und einer Sicherheit in USD. Die marktfähigen Investitionszertifikate (CENI) stellen 20 % der Inlandsverschuldung, jedoch 50 % ihres Schuldendienstes dar.

erstellen. Dadurch werden Haushaltsentwürfe schrittweise ersetzt, ohne dass ein modernes Haushaltssystem erforderlich ist (ergebnisorientierte Aufstellung eines Haushaltsplans).

Neben den Staatsschulden (20 % der öffentlichen Ausgaben) bestehen für den Staatshaushalt rechtliche Auflagen, da 6 % der Ausgaben Universitäten und 4 % dem Obersten Gerichtshof zuzuweisen sind. Die Gemeinden erhalten 10 % der Steuereinnahmen<sup>15</sup>. Dies beeinträchtigt eine effiziente Verwaltung und Verteilung der Haushaltsmittel und begrenzt die für die sozialen Sektoren (Primär- und Sekundarbildung, Gesundheit) zur Verfügung stehenden Mittel, die etwas mehr als 10 % der Gesamtausgaben ausmachen. Auch die öffentlichen Investitionen werden dadurch eingeschränkt. Zudem müssen die Rentenreform und die Reform des öffentlichen Dienstes im Rahmen der Haushaltsbeschränkungen absorbiert werden. Im Jahr 2005 haben Steuerrückstände in Verbindung mit der politischen Lage zu neuen Widerständen und makroökonomischen Schwierigkeiten geführt. Diese Situation hat zu Zweifeln hinsichtlich der Zukunft der Vereinbarung mit dem IWF und den folgenden Vereinbarungen zur Zusammenarbeit geführt. In Anbetracht dieser schwierigen Situation erreichten die politischen Führer eine informelle Vereinbarung über die Wiederaufnahme der Fazilität zur Armutsreduzierung und Wachstumsförderung (PRGF) für das Jahr 2006.

Die Steuerbelastung durch die Zentralregierung ist weiterhin gering (16,3 % des BIP im Jahr 2004), auch wenn sie langsam zunimmt (12,9 % im Jahr 1995, 13,7% im Jahr 2001)<sup>16</sup>. Daher besteht noch Spielraum für eine Verbesserung der Steuererhebung in den kommenden Jahren. In den vergangenen Jahren konnte ein Anstieg der Steuererhebung von durchschnittlich 16 % pro Jahr festgestellt werden. In den jüngsten Studien des IWF wurde die Notwendigkeit der Einführung effektiver Strafen für Personen, die ihren Steuerpflichten nicht nachkommen, hervorgehoben. Ohne Steuerhinterziehung und Sonderbehandlungen könnten die Steuereinnahmen zusätzlich um 11 % des BIP<sup>17</sup> steigen.

Trotz der im Rahmen der Steuerreform bereits durchgeführten Maßnahmen benötigt das Land eine erneute Reorganisation, um eine bessere Steuererhebung und einen progressiven Ansatz zu erreichen, mit folgenden Zielen: Vermeidung von Steuerhinterziehung und -befreiungen, Verbesserung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltung und Förderung eines stärkeren sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts. Seit einigen Jahren ist eine Verbesserung des öffentlichen Verwaltungsrahmens festzustellen. Im Jahr 2005 wurde in Nicaragua ein neues Gesetz über die „Steuerbehörde und das Haushaltssystem“ erlassen, das einen einheitlichen Rechtsrahmen für den Haushalt, das Finanzwesen, die Rechnungsprüfung und öffentliche Kredite vorsieht. Das Gesetz schreibt eine externe Prüfung und die Konsolidierung des Gesamthaushaltes des öffentlichen Sektors vor. Nicaragua verfügt noch über keinen mittelfristigen Ausgabenrahmen, obwohl für den Entwurf umfangreiche Anstrengungen unternommen wurden. Das SIGFA<sup>18</sup> stellt einen wichtigen Schritt für die Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Finanzverwaltung dar, indem der Haushalt,

---

<sup>15</sup> Der Transfer soll bis 2010 schrittweise auf diesen Satz angehoben werden. Dieser Transfer hat steuerlich neutral zu erfolgen, die Übertragung der Verantwortung ist jedoch noch festzulegen.

<sup>16</sup> Es ist darauf hinzuweisen, dass nach jüngsten Studien die Verluste von Steuereinnahmen durch das Freihandelsabkommen mit den USA (CAFTA) für Nicaragua kurzfristig auf etwa 0,45 % des BIP geschätzt werden.

<sup>17</sup> 60 % sind auf Steuerhinterziehung und 40 % auf Steuerbefreiungen zurückzuführen. Daniel Artona: Evolución reciente de la recaudación tributaria, gastos fiscales y proyecciones fiscales, November 2005

<sup>18</sup> Sistema Integrado de Gestión Financiera, Administrativa y Auditoría

die Rechenschaftspflicht, Finanzverwaltung, Inlandsverschuldung und öffentliche Aufträge in ein einheitliches System integriert wurden. Zudem sind weitere Anstrengungen für eine Beschleunigung der Reformen des öffentlichen Auftragswesens und der externen Kontrollsysteme für den Haushalt zu unternehmen.

Für das Wachstum der Wirtschaft sind höhere Investitionen und insbesondere eine Erhöhung der ausländischen Investitionen erforderlich. Die Verbesserung des sozialen Zusammenhalts, der Rahmenbedingungen für Unternehmen und der Wettbewerbsfähigkeit sind die entscheidenden Herausforderungen für die Zukunft, wenn Nicaragua seinen Ruf der Rechtsunsicherheit überwinden will. Durch einen stärkeren sozialen Zusammenhalt und ein besseres Investitionsklima würde auch der Inlandsmarkt gestärkt werden.

Wenn auch in geringerem Ausmaß als in den Nachbarländern, so basiert die Industrialisierungspolitik Nicaraguas doch auf dem „*maquilas*“-System<sup>19</sup> mit einer niedrigen Wertschöpfung, geringen Auswirkungen auf die Wirtschaft und per Definition niedrigen Steuereinnahmen. Aufgrund ihres Schwerpunkts auf der Textilindustrie leiden die „*maquilas*“ seit der Abschaffung des Quotensystems unter der asiatischen Konkurrenz. Die Tausende in der „*maquila*“-Industrie beschäftigten Frauen geben zudem Anlass zur Sorge in Bezug auf Arbeits- und Menschenrechte.

Der Beitrag der ländlichen Gebiete zur Nachhaltigkeit der Wirtschaft sollte nicht unterschätzt werden. Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei sind für die Volkswirtschaft wesentlich. Diese Sektoren erwirtschafteten im Jahr 2004 40 % des BIP (einschließlich des Agro-Industriesektors). Daher sind für diese Bereiche spezifische und kohärente Politiken sowie Strategien zur Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit erforderlich.

Im Bereich des Handels steht Nicaragua erst an 114. Stelle der Handelspartner der Europäischen Union, während die EU für Nicaragua der drittgrößte Handelspartner nach den USA und Zentralamerika ist. Der kleine Markt und die Schwierigkeiten beim Erreichen politischer Stabilität, sozialen Zusammenhalts und Rechtssicherheit machen Nicaragua für europäische Investitionen im Vergleich zu anderen Ländern weniger attraktiv. Nur durch wirkliche wirtschaftliche Integration und eine Verbesserung des Wirtschaftsklimas könnte dieser Trend geändert werden.

## **2.4 Produktionsprozess**

Die lokale Industrie, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen, verfügt über eine geringe Kapazität und ist auf dem internationalen Markt nicht wettbewerbsfähig. Qualitätsstandards und -kontrollen sowie neue Technologien und eindeutige Politiken und Vorschriften sind erforderlich. Das Land muss die Chancen einer internationalen Marktliberalisierung nutzen und von einem auf „*maquilas*“ basierenden Industrialisierungsmodell auf ein stärker vom Wettbewerb bestimmtes Modell mit einer höheren Wertschöpfung, modernen Technologien, besseren Arbeitsbedingungen und umweltpolitischen Verpflichtungen, einschließlich der Einhaltung der Arbeitsgesetze, umstellen. Der Tourismus ist ein möglicher Bereich für private Investitionen, insbesondere in Verbindung mit einem Zentralamerikapaket, das hauptsächlich auf natürlichen Ressourcen beruht.

---

<sup>19</sup> *Maquilas* sind Unternehmen, die in steuerfreien Gebieten tätig sind und sich mit der Produktion für die Ausfuhr beschäftigen.

Verwaltungsprobleme wie zusätzliche Bürokratiekosten, regulatorische Belastungen und Korruption auf niedrigerer Ebene sind große Anreize für die Schattenwirtschaft. Die Schattenwirtschaft erzielt etwa 45 % des BIP gegenüber 30 % in den Nachbarländern Mexiko oder Dominikanische Republik. Durch ein besseres Investitionsklima würde der Umfang der Schattenwirtschaft verringert und die Höhe der Steuererhebung gesteigert werden<sup>20</sup>. Verwaltungsprobleme machen durchschnittlich etwa 6 % der Produktionskosten aus.

## **2.5 Gefährdung und Umweltsituation**

Die Produktion des primären und sekundären Sektors<sup>21</sup> muss wettbewerbsfähiger werden und die Umweltstandards stärker beachten, insbesondere angesichts der für die kommenden Jahre geplanten Handelsliberalisierung. Die Tätigkeiten der Sektoren werden in einer unzureichenden Weise ausgeführt und häufig fehlt ein nachhaltiger Schwerpunkt oder angemessene Technologie.

Die meisten landwirtschaftlich genutzten Flächen und Viehzuchtbetriebe werden extensiv bewirtschaftet und nutzen ausschließlich natürliche Düngung. Die Bauern werden daher aus der Landwirtschaft bzw. in die Städte getrieben. In allen ökologischen Regionen des Landes gehen große Gebiete verloren und sind der Wüstenbildung, Überschwemmungen oder Degradierung ausgesetzt. Dieses Phänomen wird durch ungemessene Raumplanung und -verwaltung verstärkt. Der wichtigste Produktionsfaktor ist Arbeit und Einkommenssteigerungen sind auf eine Ausweitung der Flächen oder höhere Preise, nicht jedoch auf Produktivitätssteigerungen zurückzuführen. Aufgrund dieser Lage ist der Sektor sehr anfällig für klimatische Bedingungen oder Marktversagen ([siehe Umweltprofil in Anhang 5.2](#)).

Unsichere Bodenrechte und schwache Institutionen erklären den Druck auf landwirtschaftliche Flächen, obwohl Nicaragua ein kleines Land mit einer geringen Bevölkerung ist. Kleine landwirtschaftliche Unternehmen sind eine Antwort auf Armut, die Landwirtschaft muss sich jedoch entsprechend mit Wertschöpfung und einer diversifizierten Produktion entwickeln, sodass sie zur Ernährungssicherheit, Armutsbekämpfung und Einkommensentstehung beitragen kann. In der Forst- und Fischereiwirtschaft besteht ein hoher Anteil illegaler Nutzung<sup>22</sup>. Es sind geeignete Politiken und Institutionen erforderlich, z. B. für die Verwaltung der natürlichen Ressourcen, Bodenrechte und die Marktorganisation. Sofern die nicaraguanische Regierung den Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung in den Rechtsrahmen integriert hat, besteht ein Mangel an effektiver Umsetzung und Umweltbewusstsein in der Bevölkerung und den staatlichen Institutionen.

Der jüngste Anstieg der Ölpreise (2005 und 2006) zeigte das Ausmaß der Abhängigkeit Nicaraguas von fossiler Energie. Die Wirtschaft Nicaraguas reagiert sehr sensitiv auf Energiepreise und es besteht keine umfassende Energiepolitik. Somit wird das hohe Potenzial erneuerbarer Energien unzureichend genutzt.

---

<sup>20</sup> Nach Angaben der Weltbank („*Evaluación del Clima de Inversión, Evidencia del Sector Manufacturero*,” April 2005) könnte die Regierung zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 2,3 % des BIP erzielen, wenn die Schattenwirtschaft auf etwa 30 % des BIP gesenkt werden könnte.

<sup>21</sup> Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Bergbau machen 22 % des BIP, die Industrie 18 % des BIP aus (Zentralbank, 2004).

<sup>22</sup> Die illegale und unangemessene Rodung von Urwäldern gibt in einigen Provinzen und in Bezug auf einige Arten Anlass zur Sorge. Kiefernwälder sind unter Druck, und zwar nicht nur durch unangemessene Nutzung, sondern auch wegen des „*gorgojo*“, ein Parasit, der große Flächen von Kiefernwäldern zerstört, wenn er nicht ordnungsgemäß kontrolliert wird.

## 2.6 Regionale und internationale Integration

Nicaragua verfügt über eine auf Kleinbetrieben beruhende Wirtschaft, deren Entwicklung von einer angemessenen regionalen und internationalen Integration abhängt. Es ist aktives Mitglied des zentralamerikanischen Integrationsprozesses. Es sieht sich der Aufgabe der Anpassung seiner Politiken an das neue internationale Umfeld gegenüber, sodass es die Vorteile der Globalisierung nutzen und ihre negativen Auswirkungen abmildern kann.

Wie die übrigen zentralamerikanischen Länder verfolgt Nicaragua eine Politik bilateraler Freihandelsabkommen<sup>23</sup>. Diese Politik schwächt den regionalen Integrationsprozess, insbesondere die Vollendung der Zollunion. Die mit den USA abgeschlossene CAFTA<sup>24</sup> soll angeblich die subregionale Integration fördern, die unterschiedliche Behandlung der verschiedenen zentralamerikanischen Länder könnte die Vollendung der Zollunion jedoch erschweren und zu einer teilweisen Ersetzung intraregionaler Handelströme durch einen Nord-Süd-Austausch führen.

## 3 POLITISCHE AGENDA NICARAGUAS

Im Jahr 2001 nahm Nicaragua im Rahmen der HIPC-Initiative sein erstes Strategiepapier zur Armutsbekämpfung (ERCERP) an. Dem Strategiepapier zur Armutsbekämpfung folgte der von der Regierung ab 2003 erstellte operative nationale Entwicklungsplan (PNDo). Der vor kurzem verabschiedete (Januar 2006) operative nationale Entwicklungsplan soll eine zweite Generation des Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung (ERCERP-II) bilden. Nicaragua wurde im Jahr 2000 Teil der HIPC-Initiative und erreichte im Jahr 2004 den Ausführungspunkt der HIPC-Initiative. Im Rahmen dieser Initiative dürfte Nicaragua von einer Entschuldung in Höhe von durchschnittlich 231 Mio. USD jährlich profitieren<sup>25</sup>.

Die Millenniums-Entwicklungsziele umfassen eine Reihe von Zielen, Zielgrößen und Indikatoren. In [Anhang 4](#) werden die Ziele, ihre Integration in die Strategie zur Armutsbekämpfung (PRSP) und den operativen nationalen Entwicklungsplan (PNDo) sowie die Wahrscheinlichkeit ihres Erreichens dargestellt. Das Erreichen der meisten Millenniums-Entwicklungsziele scheint problematisch zu sein. In einer vor kurzem durchgeführten Armutsanalyse<sup>26</sup> wurde jedoch eine optimistischere Zahl ermittelt, insbesondere in Bezug auf die Verringerung extremer Armut. Dafür wird das Wirtschaftswachstum ausschlaggebend sein. Die anhaltende institutionelle und politische Krise der letzten Jahre erschwert die Anstrengungen für eine Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele.

Der wichtigste Schwerpunkt des operativen nationalen Entwicklungsplans (PNDo) besteht in der Armutsbekämpfung durch Wirtschaftswachstum. Es wurden neun Wirtschaftsbereiche mit wirtschaftlichem Potenzial ermittelt: Kaffee, Milch, Fleisch, Tourismus, Kleinstunternehmen, Holz/Möbel, Fischerei und Landwirtschaft, Bergbau und Energie. Die Entwicklung dieser Bereiche soll die Entwicklung aller Sektoren des Landes fördern und dadurch zu Armutsbekämpfung und besseren sozialen Bedingungen für die nicaraguanische Bevölkerung führen. Der operative nationale Entwicklungsplan (PNDo) wurde jedoch für die

---

<sup>23</sup> Es bestehen Abkommen mit Mexiko, Chile, Panama und der Dominikanischen Republik.

<sup>24</sup> Zentralamerikanische Freihandelszone, Handelsabkommen zwischen den USA, zentralamerikanischen Ländern und der Dominikanischen Republik

<sup>25</sup> Quelle: Zentralbank von Nicaragua. Im Zuge der Weiterverfolgung der Entscheidung der G8 vom Juni 2005 zur Entschuldung von 100 % der Schulden bei der IDA und dem IWF könnte eine zusätzliche Auslandsentschuldung erreicht werden.

<sup>26</sup> „Performance and Prospects toward 2015 of Nicaragua’s MDGs, PRSP Goals and intermediate Indicators,” Weltbank 2003

Nichtberücksichtigung einer Steuerreform als Instrument zur Umverteilung des Wohlstands, seine mangelnde öffentliche Beteiligung und Konsultation, die Verpflichtung zur Rückzahlung der gesamten Inlandsverschuldung vor 2008 und den Schwerpunkt auf Wirtschaftsbereiche und Wirtschaftswachstum in Bereichen mit bestehendem Entwicklungspotenzial statt der Schwerpunktsetzung auf soziale Aspekte und Armut kritisiert. Trotz seiner Schwächen stellt der operative nationale Entwicklungsplan (PNDo) jedoch einen zusätzlichen Schritt in Richtung einer größeren Eigenverantwortung der nicaraguanischen Institutionen für ihre eigene Entwicklung dar.

Die neue Regierung brachte ihre Bereitschaft zur Beibehaltung des operativen nationalen Entwicklungsplans (PNDo) zum Ausdruck und setzte ihn mit einigen Änderungen, die hauptsächlich darauf zurückzuführen sind, dass während der Erstellung keine Konsultationen mit den politischen Parteien stattfanden, als Grundlage ein.

Die regionale Agenda bildet einen Teil der nationalen Agenda und Nicaragua beteiligt sich an zahlreichen regionalen Initiativen. Das Land unterstützt die regionale Integration und Freihandelsabkommen. Nicaragua ist aktives Mitglied des *zentralamerikanischen Integrationssystems (SICA)*.

#### **4 ÜBERSICHT ÜBER DIE KOOPERATION MIT NICARAGUA IN DER VERGANGENHEIT UND GEGENWART, KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ**

##### **4.1 Überblick über vergangene und gegenwärtige EG-Zusammenarbeit (Erfahrungen)**

Im Zeitraum 2002-2006 hat die EG Mittel in Höhe von insgesamt 230 Mio. EUR für die Außenhilfe des Landes gebunden<sup>27</sup>. Die Zusammenarbeit der EG hat sich von einem projektbezogenen Ansatz in ein **sektorbezogenes Konzept** mit einem verstärkten Schwerpunkt auf Budgethilfen und ergebnisorientierten Instrumenten gewandelt. Die ersten Erfahrungen mit dem Sektorkonzept wurden in Lateinamerika im Bereich der Unterstützung des Bildungssektors gesammelt, anschließend folgte ein Programm für die ländlichen Aspekte des operativen nationalen Entwicklungsplans (PNDo) und schließlich ein Programm zur Unterstützung des Zugangs zur Justiz für Arme.

Zusätzlich zur sektoralen Unterstützung leistete die EG im Rahmen der HIPC-Initiative makroökonomische Unterstützung sowie Unterstützung für Projekte durch horizontale und thematische Haushaltslinien. Trotz des verstärkten Schwerpunkts auf die sektorale Unterstützung werden nach wie vor in verschiedenen Sektoren Einzelprojekte durchgeführt. Insgesamt wurden mehr als 60 Projekte während des Zeitraums durchgeführt. Einige der wichtigen Themen sind Infrastruktur, Ernährungssicherheit und Kofinanzierung von NRO (Nichtregierungsorganisationen).

Abschließend sind die einseitigen Zollpräferenzen im Rahmen des **Allgemeinen Präferenzsystems** (APS) zu nennen, die seit 1990 zu einer Zollaussetzung für landwirtschaftliche und industrielle Ausfuhren in die EU aus sechs zentralamerikanischen Ländern geführt haben, ohne die der Überblick über die EU-Zusammenarbeit mit der zentralamerikanischen Subregion nicht vollständig wäre. Das Drogenprogramm im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) wurde durch das APS-Plus-Programm ersetzt, durch das Ländern, die sich zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und verantwortungsvollen Staatsführung verpflichtet haben, dauerhaft ein privilegierter Marktzugang gewährt wird.

---

<sup>27</sup> Anhang 7 enthält eine Zusammenfassung der Zusammenarbeit der EG mit Nicaragua.

In der im Jahr 2002 durchgeführten Evaluierung der ALA-Verordnung und insbesondere in dem Kapitel über die Zusammenarbeit mit Nicaragua wird ein Ausbau der **Sektorkonzepte und der Budgethilfe** empfohlen. Somit wurde dieser Ansatz in die Wege geleitet und in Nicaragua als erstem lateinamerikanischem Land umgesetzt. Durch diesen Ansatz werden eine stärkere Wirksamkeit, niedrigere Transaktionskosten, eine Verringerung der Fragmentierung der Tätigkeiten, Unterstützung bei der Bekämpfung der Ursachen der Probleme, einschließlich Korruption und geringe Institutionalisierung, und eine Verbesserung der Eigenverantwortung und des Dialogs zwischen den Interessensgruppen, der Regierung und der Gebergemeinschaft erwartet. Dieser neue Ansatz wird 2008 formell evaluiert werden. Eine umfassende Evaluierung (für alle Geber) der Budgethilfe wurde 2005<sup>28</sup> eingeleitet. Die ersten Bewertungen sind trotz der Tatsache, dass für ein Verständnis und die Anwendung der ergebnisorientierten Methode durch alle Akteure noch viel zu tun bleibt, sehr ermutigend.

Seit dem Beginn der Durchführung des Länderstrategiepapiers 2002-2006 wurde die Zusammenarbeit der EG mit Nicaragua von verschiedenen Faktoren beeinflusst:

- die Verlagerung zu Budgethilfen,
- die Dezentralisierung der Dienste der Kommission für Nicaragua und die entsprechende Übertragung einer größeren Verantwortung an die Mitarbeiter der Delegation der EG,
- die Einführung einer neuen Haushaltsordnung, die eine Reihe von Änderungen für die Zusammenarbeit der EG mit sich bringt<sup>29</sup>.

Im Mittelpunkt der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit steht eine **reduzierte Anzahl von an die nationalen Politiken angeglichenen Schwerpunktsektoren**. Dies trifft nicht auf zahlreiche andere Finanzierungsarten (insbesondere horizontale und thematische Haushaltslinien, vor allem Finanzierungen im Rahmen des Regionalen Wiederaufbauprogramm für Zentralamerika (PRRAC)<sup>30</sup>, aber auch Projekte im Rahmen früherer Programmplanungszeiträume) zu, die in zahlreichen Sektoren unabhängig von den nationalen Politiken über einen projektbezogenen Ansatz<sup>31</sup> zur Verfügung gestellt werden. Regelmäßiges externes Monitoring und eine Reihe von thematischen Evaluierungen<sup>32</sup> bieten eine Orientierungshilfe für die Zusammenarbeit der EG mit Nicaragua, insbesondere in Bezug auf Projekte:

---

<sup>28</sup> „Joint Evaluation on General Budget Support“ (2005, geplante Veröffentlichung im Jahr 2006)

<sup>29</sup> In der Praxis ergaben sich zusätzliche Verzögerungen durch die Einführung der neuen Verordnung. In einigen Fällen waren die lokalen Partner von der Änderung der Vorschriften, die seit Jahren für ein neues System galten, nicht begeistert. Insbesondere wurde in Frage gestellt, weshalb sie die gesamte Verantwortung für die Ausführung im Rahmen einer anderen Verordnung als ihrer Eigenen tragen sollten.

<sup>30</sup> Regionales Wiederaufbauprogramm für Zentralamerika, finanziert durch die Haushaltslinie Wiederaufbau

<sup>31</sup> Als projektbezogener Ansatz wird eine Finanzierung über Projekte bezeichnet, deren Feststellung und Durchführung nach der Verfügbarkeit von Mitteln und häufig ungeachtet der sektoralen Politiken des Landes erfolgen.

<sup>32</sup> Die wichtigsten Evaluierungsberichte in Verbindung mit Nicaragua sind die Folgenden: „*Evaluation of Rural development and agricultural support*“ (geplante Veröffentlichung im Jahr 2006), „*Thematic Evaluation of the EC Support to Good Governance*“ (2006), „*Joint Evaluation of General Budget Support*“ (2005), „*Evaluation of the Environment and Forests Regulations 2493/2000 and 2494/2000*“ (2004), „*Joint Evaluation of Co-ordination of Trade Capacity Building in Partner Countries*“ (2006), „*Thematic Evaluation of Food Aid Policy and Food Aid Management and special operation in support of Food Security*“ (2004), „*Evaluation des actions de réhabilitation et de reconstruction financées par la Communauté Européenne dans les pays ACP/ALA/MED/TACIS*“ (2003), „*Joint Evaluation of External Support to Basic Education in Developing Countries*“ (2003), „*Evaluation of the integration of Gender in EC development co-operation with third*

- Zu viele Projekte sind mit Mängeln behaftet oder stehen nicht mit den Schwerpunkten der Zusammenarbeit und den nationalen Politiken in Einklang. Dies trifft für Projekte, die im Rahmen der thematischen Haushaltslinien<sup>33</sup> durchgeführt werden, besonders zu. Zudem ist die Konsistenz der im Rahmen derselben Haushaltslinie finanzierten Projekte unzureichend.
- Zu viele Projekte sind mit Mängeln behaftet, da die Komplexität der Durchführung unterschätzt wird. In der Programmfestlegungsphase sind schwerwiegende Schwachstellen festzustellen, die zu Verzögerungen bei der Ausführung von Projekten führen. Die administrativen und finanziellen Kontrollanforderungen sind sehr hoch; für die technischen Monitoringanforderungen gelten hingegen nicht dieselben Überprüfungsstandards.
- Die „Evaluierungskultur“ ist noch nicht ausreichend ausgeprägt und die Ergebnisse von Evaluierungen und Bewertungen werden nicht angemessen berücksichtigt.
- Der politische Dialog ist schwach und bezieht sich im Allgemeinen nur auf politische Fragen.
- Die Kohärenz zwischen den im Rahmen der thematischen Haushaltslinien<sup>34</sup> finanzierten Projekte und dem Länderstrategiepapier ist häufig problematisch, was zu Ineffizienz und einem Ausbleiben der Wirkung führen kann.

Diese Ergebnisse haben zu der Schlussfolgerung geführt, dass der Schwerpunkt auf eine beschränkte Anzahl von Sektoren zu legen ist. Die Umstellung auf Sektorkonzepte und Budgethilfen führte zu einer wesentlichen Änderung der Zusammenarbeit mit Nicaragua. Zudem hat sich die Zusammenarbeit der EG nahezu ausschließlich auf die Exekutive beschränkt. Es besteht ein großer Spielraum für die strategische Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Verbindung zwischen Zusammenarbeit und Politiken.

Bei der Durchführung von Projekten wurden zahlreiche spezifische Probleme festgestellt. Insbesondere haben die Empfänger ihre Bedenken hinsichtlich der starken Belastung durch die EG-Verfahren in Verbindung mit Projekt- und Programmfinanzierungen sowie das Vorhandensein einer Art „Kontrollkultur“, die zu Verzögerungen während aller Phasen des Projektzyklus führen, geäußert.

---

*countries*” (2003), gemeinsame Bewertung mit den Mitgliedstaaten zu „3Cs, Coordination, Complementarity and Coherence“ (geplante Veröffentlichung im Jahr 2006), „Analysis of EC Project Monitoring Results – Latin America“ (2004), „Evaluation de la stratégie régionale de la CE en Amérique Latin“ (2005)

<sup>33</sup> Die Ausnahme der Haushaltslinie Ernährungssicherung ist hervorzuheben.

<sup>34</sup> Die Modalität der „Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen“ in ihrer aktuellen Form ist zu verbessern, um die Kohärenz mit dem Sektorkonzept, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Auswahl nachhaltigerer Projekte zu gewährleisten. Diese Projekte sollen Nicaragua bei der Lösung der Probleme des Landes unterstützen. Diese Bedenken sind von der Zivilgesellschaft, den Regierungsinstitutionen, Mitgliedstaaten und Bediensteten der Delegation der EG häufig geäußert worden.

## 4.2 Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit mit Nicaragua

Die internationale Zusammenarbeit ist für Nicaragua, für die makroökonomische Stabilität, Investitionen und die Stabilität des Landes wesentlich (siehe oben). Im Jahr 2004 belief sich die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) an Nicaragua auf insgesamt 550,08 Mio. USD. Dies entspricht 100 USD pro Kopf und etwa 13 % des BIP<sup>35</sup>. Zudem wurden Mittel in Höhe von 15,3 Mio. USD über NRO bereitgestellt. Diese Zahlen zeigen auf, dass die internationale Zusammenarbeit von Bedeutung ist und die Volkswirtschaft sowie die politische und soziale Lage des Landes stark beeinflussen. Die Höhe der pro Kopf von Nicaragua erhaltenen internationalen Hilfe ist eine der weltweit Höchsten und bei weitem die Höchste in Lateinamerika.

Eine Bewertung des Profils der von Nicaragua zwischen 2002 und 2004 erhaltenen Außenhilfe zeigt eine Zunahme der multilateralen Unterstützung gegenüber der bilateralen Unterstützung und einen Anstieg der Darlehen gegenüber den Zuschüssen auf. Die bilaterale Unterstützung machte im Jahr 2002 etwa 47 % der Außenhilfe und im Jahr 2004 28 % aus. Die Zuschüsse beliefen sich im Jahr 2002 auf 61 % und im Jahr 2004 auf weniger als 50 %.

Als ein in der HIPC-Initiative enthaltenes Land mit einer ausgeprägten internationalen Zusammenarbeit wurde Nicaragua als Schwerpunktland für einige internationale Initiativen<sup>36</sup> ausgewählt, insbesondere in Bezug auf die Auswahl von Pilotländern. Mit Ausnahme der „Harmonization and Alignment Pilot Initiative“ war das Ergebnis dieser Initiativen eine geringe Eigenverantwortung, zusätzliche Arbeitsbelastung der nationalen Verwaltung und der in Nicaragua tätigen Bediensteten der Kommission und insgesamt eine niedrige Wertschöpfung. Die Verteilung der internationalen Zusammenarbeit ist in [Anhang 6.3](#) dargestellt.

### 4.2.1 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und andere Geber

Zwischen 2002 und 2004 trug die Europäische Union etwa 31 % zu der von Nicaragua erhaltenen Außenhilfe bei. Im Jahr 2004 waren die drei größten bilateralen Geber der Europäischen Union Schweden (32 Mio. USD), Dänemark (32 Mio. USD) und die Niederlande (17 Mio. USD). Im Jahr 2002 finanzierten die Mitgliedstaaten zusammen 170 Projekte im Gesamtvolumen von etwa 146 Mio. USD. Infolge der verbesserten Koordinierung verringerte sich die Anzahl der Projekte auf 78 im Jahr 2004. [Anhang 7.2](#) ist der Umfang der von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Jahr 2004 Nicaragua zur Verfügung gestellten Außenhilfe zu entnehmen. Die Europäische Investitionsbank (EIB) ist derzeit in Nicaragua nicht tätig. Die Außenhilfe der EG und ihrer Mitgliedstaaten ist in [Anhang 6.2](#) dargestellt.

Die beiden größten multilateralen Geber im Jahr 2004 waren die Weltbank (126 Mio. USD) und die Interamerikanische Entwicklungsbank (139 Mio. USD), während die USA (28 Mio. USD) und Japan (17 Mio. USD) die beiden größten bilateralen Geber außerhalb der EU waren. Die Schweiz, Norwegen und Kanada sind weitere aktive bilaterale Geber außerhalb der EU.

---

<sup>35</sup> Die Verteilung der internationalen Zusammenarbeit ist in Anhang 7 dargestellt.

<sup>36</sup> Beispielsweise „Education for All - Fast Track Initiative“, „Extractive Industry and Transparency Initiative“, „Poverty and environment“, „H&A initiative“, „Global Fund“ und „H&A en el sector rural“

#### 4.2.2 Koordinierungsmechanismen

Die Erklärung von Managua im Jahr 2003 zwischen den Gebern und der Regierung ist als Grundlage für die Stärkung der Koordinierung, Harmonisierung und Angleichung der Zusammenarbeit in Nicaragua zu betrachten. Dieser Trend wurde durch die Kofinanzierungsvereinbarung (Joint Financing Arrangement - JFA) aus dem Jahr 2005 und die Modalität der Budgethilfe verstärkt. In dieser Vereinbarung wird ein koordinierter Ansatz über eine gemeinsame Plattform für Maßnahmen mehrerer Geber definiert.

Nicaragua ist ein Pilotland für zwei internationale Initiativen zur Harmonisierung und Angleichung: „*Joint Country Learning Assessment*“ (JCLA) und die „*Road Map*“-Initiative. Nicaragua war das erste Partnerland für die Durchführung der JCLA, eine von der OECD-DAC in die Wege geleitete Initiative, in der eine Gruppe von Gebern („*leitende Vermittler*“) den Stand der Harmonisierung und Angleichung bewerten. Im Rahmen der Weiterverfolgung ermittelten die leitenden Vermittler die Hindernisse für eine stärkere Harmonisierung und Angleichung und formulierten die von der Regierung und der Gebergemeinschaft einzuleitenden Schritte. Vor kurzem erteilte die Ad-hoc-Gruppe zu Harmonisierung des Rats „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ auf EU-Ebene Empfehlungen für einen Fahrplan der EU für die Harmonisierung. Eine spezielle Koordinierung der EU in Bezug auf Koordinierung, Komplementarität und Kohärenz ist ein weiterer Schritt in Richtung Harmonisierung. Zur Förderung von Kohärenz und Komplementarität werden regelmäßige Zusammenkünfte, bei denen die EU vor Ort den vorläufigen Vorsitz führt, abgehalten.

Die Dynamik der Koordinierung der Zusammenarbeit und der Dialog mit der Regierung haben zu mehreren Erfolgen geführt, z. B. die Unterstützung bei der Erstellung einer neuen nationalen Strategie (PNDo), die Festlegung von Sektortabellen unter der Koordinierung der Regierung, die Erarbeitung von sektorbezogenen Ansätzen (SWAP) für einige Sektoren, die Erstellung eines mehrjährigen Haushaltsrahmens und die verbesserte Verwaltung der öffentlichen Finanzen.

In dem Land bestehen weitere Koordinierungsmechanismen:

- Gruppe der Budgethilfengeber (*el Grupo de Apoyo Presupuestario*);
- Gesprächsrunde der Geberländer (*Mesa Global de Donantes*);
- Sektortreffen (*Mesas Sectoriales*).

Nicht alle Sektortreffen sind gleich operationell und es bleibt noch viel zu tun, insbesondere in der aktuellen politischen Situation. Es besteht ein zunehmender Bedarf einer stärkeren Beteiligung der Zivilgesellschaft in den unterschiedlichen Foren. Der Koordinierungs- und Harmonisierungsplan ist in [Anhang 6.1](#) beigefügt. Da im Januar 2007 eine neue Regierung die Verantwortung übernimmt, könnten sich geringfügige Änderungen in der künftigen Behandlung von Koordinierung und Harmonisierung ergeben.

#### 4.2.3 Aufschlüsselung der Hilfe nach Sektoren

Der soziale Sektor (Sozialprogramme, Gesundheit und Bildung), gefolgt von Transport und Kommunikation sowie der Agrarsektor profitieren am meisten von der finanziellen Unterstützung der Geber. Die Tatsache, dass der soziale Sektor bei weitem die höchste Hilfe erhält, zeigt eindeutig das Eintreten für die Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele.

20 % der gesamten Unterstützung der EU (EG und Mitgliedstaaten) fließen in die Bildung. Weitere wichtige Sektoren sind der Gesundheitssektor, der produktive Sektor, insbesondere Tätigkeiten in Bezug auf die Modernisierung der Produktion, Umwelt, Transport und Kommunikation. Die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank konzentrieren sich beide auf den sozialen Sektor und die wirtschaftliche Infrastruktur.

#### 4.3 Kohärenz mit anderen EG-Politiken und -Instrumenten

Eine Analyse der Kommissionspolitiken und -instrumente sowie ihrer möglichen Auswirkungen auf Nicaragua zeigt, dass die meisten relevanten Politiken, insbesondere Handel, Landwirtschaft, Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Wettbewerb, Justiz, Informationsgesellschaft, Forschung, Konfliktverhütung, usw. (siehe [Anhang 8](#)), einheitlich und kohärent sind. Die Europäische Kommission führte kürzlich die Folgenabschätzung ein, ein Instrument, das für alle wichtigen Vorschläge eingesetzt wird. Es trägt zur Verbesserung der Kohärenz der Maßnahmenentwürfe bei, indem alle potenziell an verschiedenen Szenarien interessierten Dienststellen der Kommission für die Ermittlung des erwarteten Ergebnisses zusammenarbeiten.

Zudem sind die Politiken der Gemeinschaft und das Strategiepapier in den meisten Fällen komplementär, sodass sie einen gemeinsamen Standpunkt einnehmen oder das Thema durchgängig berücksichtigt wird (d. h. Gleichstellung von Mann und Frau). Es sind allerdings einige Fragen in Bezug auf bestimmte Aspekte der Durchführung, die zu Bedenken der nicaraguanischen Beamten und Zivilgesellschaft geführt haben, hervorzuheben:

- die APS-Handelsmechanismen<sup>37</sup>, die trotz ihrer jüngsten Verbesserung für Entscheidungen über längerfristige Direktinvestitionen als unzureichend betrachtet werden;
- Verbraucherschutzpolitik über gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Kontrollen;
- Agrarpolitik, besonders der Bananensektor;
- Beteiligung nichtstaatlicher Akteure; besonders beim Auswahlssystem für die Kofinanzierung besteht ein erheblicher Verbesserungsbedarf;
- die fehlende Kohärenz und Nachhaltigkeit der durch einige horizontale und thematische Haushaltslinien finanzierten Projekte.

Besonders hervorzuheben sind die Notfallmaßnahmen der EG bei Naturkatastrophen und/oder vom Menschen verursachten Katastrophen über das Europäische Amt für humanitäre Hilfe (ECHO), die Teil der Strategie der EG bilden. Im Bereich der Vorbereitung auf Katastrophen und ihrer Verhütung werden die Koordinierung und

---

<sup>37</sup> Zusätzlich zum ASP hofft Nicaragua auf ein vollständiges Assoziationsabkommen.

Verbindungen zwischen den DIPECHO-Aktionsplänen und anderen Programmen/Maßnahmen gefördert.

## **5 STRATEGIE DER EG**

### **5.1 Allgemeine Ziele**

Nicaragua hat zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen. Die vermutlich größte Schwierigkeit dabei ist es, das Land selbst auf einen guten Weg in Richtung nachhaltige Entwicklung zu bringen. In dieser Hinsicht ist das wichtigste Element der Strategie der EG für den Zeitraum 2007-2013, dass die Unterstützung der Kommission nicht nur finanzieller Art sein wird, sondern schrittweise zu einer wichtigeren Politik und politischem Dialog parallel zu einem weitreichenden Transfer der europäischen Erfahrung (d. h. Partnerschaft zwischen Akteuren) verlagert wird. Der soziale Zusammenhalt muss den Kernpunkt dieses Dialogs bilden und die regionale Integration ist allgegenwärtig (das Länderstrategiepapier ist mit dem [Regionalen Strategiepapier](#) kohärent). Die Kohärenz zwischen den europäischen Politiken und der Zusammenarbeit ist für die Strategie und ihre Umsetzung von allergrößter Bedeutung. Der politische Dialog darf nicht nur mit der Regierung, sondern muss auch mit den übrigen Einheiten und der Zivilgesellschaft stattfinden.

Es sind stärkere Kontrollen der Konsistenz zwischen Finanzierung und Schwerpunkte der Zusammenarbeit sowie eine bessere *Ex-ante*-Analyse der Programme erforderlich. Jede Zusammenarbeit muss mit einer Reihe von sektorübergreifenden Themen kohärent sein. Dazu ist eine besondere Analyse durchzuführen, besonders in Bezug auf Umwelt, Gleichstellung von Mann und Frau, regionale Integration sowie Handel und Entwicklung.

Für eine bessere Wirksamkeit und Effizienz werden Sektoren, für die eine internationale thematische Initiative besteht, auf nationaler Ebene ausgeschlossen und stärker auf regionaler oder internationaler Ebene behandelt, um einen positiven Einfluss auszuüben.

Das Ziel der Strategie besteht im Großen und Ganzen in einem stärkeren sozialen Zusammenhalt. Da dies hauptsächlich in der Verantwortung Nicaraguas liegt, unterstützt die Kommission Nicaragua in seiner Politik zur Einführung von Mechanismen mit einer stärkeren Umverteilung und unterstützt das Land auf diese Weise bei der Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele und den Bemühungen für eine höhere Effizienz der wirtschaftlichen Stromgrößen auf Grundlage einer verbesserter Staatsführung, stärkeren Wirksamkeit und Wettbewerbsfähigkeit.

### **5.2 Durchführungsfragen**

Die Umstellung auf Sektorkonzepte (mit der bereits im vorherigen Länderstrategiepapier begonnen wurde) wird künftig fortgesetzt und bildet die Regel für die Durchführung der Länderstrategie. Für eine bessere Wirksamkeit müssen nicht zweckgebundene Budgethilfen die bevorzugte Finanzierungsmodalität bilden.

In diesem Zusammenhang wird die Europäische Kommission weiterhin die Geberkoordinierung und -harmonisierung, einschließlich der Koordinierung auf EU-Ebene, fördern. Sie wird sich außerdem aktiv an allen Aufgaben der „*mesas sectoriales*“ und des „*Mesa Global de los Donantes*“ beteiligen. [Anhang 6.1](#) enthält eine Zusammenfassung des Harmonisierungs- und Angleichungsplans. Die Voraussetzungen für Budgethilfen umfassen Folgende: ein günstiges makroökonomisches Rahmenwerk, eine akzeptierte Gesamtstrategie oder eine Politik mit Indikatoren, ein positiver Trend zu

einer besseren Haushaltsverwaltung, eine effiziente Geberkoordinierung und eine kritische Masse (siehe Anhang 10).

Die Unterstützung für die Zivilgesellschaft über horizontale und thematische Haushaltslinien wird fortgesetzt. Die Unterstützung für Prozesse und Politiken ist der Finanzierung lokaler Projekte nachdrücklich vorzuziehen. Das Ziel besteht in einer stärkeren Beteiligung der Zivilgesellschaft, besonders der lokalen Akteure, bei der Erarbeitung globaler Sektor- und Entwicklungspolitiken und in Konsultationsverfahren<sup>38</sup>, besonders im Harmonisierungs- und Angleichungsprozess. Vorschläge, die die Schwerpunktsektoren ergänzen und gleichzeitig die Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft bewahren, sowie die Finanzierung für sektorübergreifende Themen (wie z. B. regionale Integration, Gleichstellung von Mann und Frau, Menschenrechte, Umwelt und nachhaltige Entwicklung) sind vorrangig zu behandeln.

Die finanzielle Unterstützung für die Zivilgesellschaft ist jedoch für den Aufbau enger Beziehungen nicht ausreichend und die Kommission wird besonders auf die Sicherstellung angemessener Konsultationsmechanismen mit der Zivilgesellschaft sowie zwischen der Zivilgesellschaft und den staatlichen Institutionen achten. Auch dies trägt zum sozialen Zusammenhalt bei.

Zur Überprüfung der gesamten Zusammenarbeit findet jährlich eine Zusammenkunft der Delegation der EG und der Regierung statt. Für die Erarbeitung des Nationalen Richtprogramms 2011-2013 erfolgt im Jahr 2010 eine Halbzeitbewertung.

### **5.3 Strategie für die Zusammenarbeit der EG und Schwerpunktsektoren**

Die Europäische Kommission konzentriert ihre Maßnahmen auf Bereiche, in denen Mehrwert und Wirksamkeit in Kohärenz und Komplementarität mit anderen Gebern, insbesondere den Mitgliedstaaten, erzielt und somit eine Überschneidung verhindert werden kann. Die Auswahl wird unter anderem auf Erfahrungen und Ergebnissen in der Vergangenheit beruhen und mit den in [Abschnitt 5.1](#) dargestellten Zielen übereinstimmen. Sämtliche Sektoren sind aus der Perspektive des sozialen Zusammenhalts zu betrachten.

Zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit werden für die finanzielle und technische Hilfe und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwei der drei Schwerpunktsektoren der Länderstrategie 2002-2006 beibehalten: Demokratie und Staatsführung sowie Bildung. In den früheren Programmplanungsdokumenten war die **ländliche Entwicklung** ein Schwerpunktsektor. Bis vor kurzem erfolgte die Durchführung über integrierte Projekte der ländlichen Entwicklung (DRI), durch die die sozialökonomische Entwicklung in geografisch festgelegten Gebieten unterstützt wurde. Selbst bei positiven Ergebnissen auf lokaler Ebene war die Wirksamkeit auf nationaler Ebene begrenzt. Aufgrund unzureichender vorheriger Bewertung eines komplizierten Sektors mit einer multikulturellen Dimension, auseinander gehenden Interessen, schwacher Politik und nicht homogenen und doppelten Institutionen war die Nachhaltigkeit gering.

Die jüngsten Erfahrungen in der Finanzierung im Bereich Ernährungssicherheit, die gemäß der Länderstrategie 2002-2006 anzuwenden war, gaben eine neue Richtung für den Dialog über ländliche Entwicklung und Armut vor. Diese neue Dynamik erhielt eine stärkere politische Unterstützung trotz der Tatsache, dass einige Probleme, wie Bodenrechte und institutionelle Schwäche, offenbar äußerst schwer zu lösen sind. Zudem sollten nicht nur Institutionen, sondern auch private Akteure als Partner berücksichtigt

---

<sup>38</sup> Die nicaraguanische Zivilgesellschaft weist eine stärker politisch als sozial geprägte Geschichte auf. Durch das Konzept der Bürgerschaft soll sich eine neue Dynamik entwickeln.

werden. Ländliche Gebiete weisen einen hohen Anteil an armen Menschen, aber auch ein höheres Wachstumspotenzial auf. Eine besondere Berücksichtigung ländlicher Gebiete unterstützt den sozialen Zusammenhalt. Die Analysen der Armut im ländlichen Raum zeigten drei mit Armut verbundene Hauptfaktoren auf: Bildung, Zugang zu Grund und Boden und konjunkturell nachteilige Faktoren. Aus diesem Grund muss die EG ihre Art der Unterstützung ländlicher Gebiete ändern, um eine größere Wirksamkeit zu erzielen. Die kann durch die Unterstützung ländlicher Aspekte in anderen Sektorpolitiken (Mainstreaming), insbesondere bei der Entwicklung von Sektorpolitiken, erfolgen.

Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und makroökonomische Nachhaltigkeit scheinen für die Armutsbekämpfung und die Unterstützung des sozialen Zusammenhalts entscheidend zu sein. Die Ziele müssen besonders auf ausländische Investitionen und eine faire Integration in die regionale Wirtschaft ausgerichtet sein. Angesichts der Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Lage wird es sich hierbei um den dritten Schwerpunktsektor in Verbindung mit einem verstärkten, auch bereichsübergreifende Themen umfassenden politischen Dialog handeln. Die EG könnte auch ihr durch ihre langjährige Erfahrung in progressiver wirtschaftlicher Integration erworbenes Wissen zur Verfügung stellen.

### 5.3.1 Demokratie und Staatsführung

Verantwortungsvolle Staatsführung und Demokratie bildeten in der Vergangenheit Schwerpunktsektoren, wobei zwei Projekte zur Modernisierung der Verwaltung und ein Programm für den Zugang zur Justiz für Arme durchgeführt wurden. Demokratie und Staatsführung sind Grundwerte für die Europäische Union. Das Thema der Staatsführung, besonders Demokratie und Rechtstaatlichkeit, wird weiterhin in der Beziehung zwischen der EU und Nicaragua von großer Bedeutung sein. Es wird sich weiterhin um einen Schwerpunktsektor handeln, der durch besondere Finanzierung sowie Politik und politischen Dialog unterstützt wird. Zudem wird die Kommission den Zugang zur Justiz und das Wahlsystem genau beobachten.

Das umfassende Ziel besteht in der Festigung der Demokratie und einer verantwortungsvollen Staatsführung. Die Maßnahmen müssen den Plan zur Modernisierung der Institutionen unterstützen und eine Kultur der Transparenz und Integrität, besonders für Beamte und Angehörige des öffentlichen Dienstes, schaffen.

In erster Linie wird die wirksame Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit mit einer tatsächlichen Gewaltenteilung unterstützt, keine Gewalt darf über den anderen stehen. Die Festlegung eindeutiger Rollen und Aufgaben wird für die neue Regierung und die neue Nationalversammlung, die beide mit dem Inkrafttreten dieser Länderstrategie ihre Amtsgeschäfte aufnehmen, von größter Wichtigkeit sein.

Ein weiteres wichtiges Thema der Staatsführung bilden die bodenrechtlichen Verhältnisse. Das Bodenrecht in Nicaragua kann nicht nur als technisches Problem betrachtet werden, es handelt sich vielmehr um ein politisches Problem und ein Verwaltungsproblem. Die Rechtsunsicherheit in Bezug auf Eigentum und Bodenrecht stellt ein großes Hindernis für die Entwicklung dar. Dieses Problem kann nicht nur durch die Unterstützung der Katasterverwaltung oder die Verteilung von Grund und Boden gelöst werden. Vielmehr muss es umfassender unter Berücksichtigung von Faktoren wie Rechtssicherheit, Bodennutzung, Umweltbelange, Sozialwesen, Städteplanung, usw. angegangen werden. Dieses Thema muss Teil des künftigen politischen Dialogs mit dem Land bilden.

### 5.3.2 Humankapital, besonders Bildung

Die unzureichende Bildung, die starke ländliche Prägung und der unzureichende Zugang zur Informationsgesellschaft wirken sich nachteilig auf den sozialen Zusammenhalt aus und verstärken die Armut. Die Bildungsprobleme sind weiterhin im ländlichen Raum am akutesten. Daher müssen sich die Bildungsinvestitionen auf den Abschluss des nationalen Bildungsplans und besonders die Politik zur Erweiterung des in ländlichen Gebieten zur Verfügung stehenden Bildungsangebots, der Steigerung seiner Qualität und besseren Eignung für den Arbeitsmarkt konzentrieren.

Bildung war in der vorhergehenden Länderstrategie ein Schwerpunktsektor und die EG hat auch in diesem Bereich Erfahrungen aus den früheren Projekten gewonnen. Zudem war sie zusammen mit der Regierung als in diesem Bereich tätige Kontaktstelle für Geber aktiv an der Entwicklung der sektorbezogenen Ansätze (SWAP) beteiligt. Bildung stellte den Ausgangspunkt für das über Budgethilfen finanzierte Sektorkonzept in Nicaragua dar. Durch die Unterstützung der Bildungspolitik während des letzten Zeitraums der Länderstrategie ging die Europäische Kommission eine langfristige Verpflichtung ein und Bildung wird weiterhin einen Schwerpunktsektor darstellen, da es sich um eine Schlüsselinvestition für die langfristige Entwicklung handelt. Die Unterstützung durch die Geber, einschließlich der Finanzierung der EG, hat im Bildungssektor, abgesehen von der Analphabetenrate, einen wesentlichen Fortschritt in Richtung Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele ermöglicht. Bei den Millenniums-Entwicklungszielen besteht jedoch kein Indikator für die Qualität und Bedeutung der Bildung und es gibt diesbezüglich starke Bedenken.

Auch wenn es sich bei der Bildungsstrategie um eine gemeinsame Politik mit der Regierung und anderen aktiven Gebern handelt, können doch zahlreiche Schwerpunkte als für die künftige Unterstützung der EG von Bedeutung genannt werden (keine Maßnahmen, sondern Punkte, denen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist):

- hochwertige Grundschulbildung, die Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt und Armut hat;
- Schwerpunkt auf ländliche und indigene Gemeinden, um diese an der Gesamtentwicklung des Landes zu beteiligen;
- besonderes Augenmerk auf Erwachsenenbildung und Bildung von Jugendlichen;
- Lehrpläne unter Berücksichtigung von Mainstreaming-Themen wie Gleichbehandlung von Mann und Frau, Menschenrechte, Bürgerschaft, regionale Themen, Umwelt und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen;
- Berufsbildung in Verbindung mit Beschäftigung;
- eine umfassende Strategie, die nicht nur das Bildungsministerium, sondern auch andere Institute und Verwaltungen, sowie die Zivilgesellschaft umfasst;
- Kohärenz mit der internationalen Agenda und nationaler Eigenverantwortung.

### 5.3.3 Wirtschafts- und handelspolitische Fragen

Ohne eine makroökonomische Nachhaltigkeit ist die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele und eines sozialen Zusammenhalts nahezu unmöglich und jede Zusammenarbeit hat mit ernsthaften Problemen der Nachhaltigkeit zu kämpfen. Die Europäische Kommission hat die makroökonomische Nachhaltigkeit bereits durch ihre Unterstützung der Entschuldung, das Strategiepapier zur Armutsbekämpfung (PRSP) und den Nationalen Entwicklungsplan (PND) unterstützt. Die Gewährleistung der makroökonomischen Nachhaltigkeit ist eine langfristige Herausforderung und die Kommission könnte eine Unterstützung der gesamten Entwicklungsstrategie zusammen mit den übrigen Gebern der Gruppe der Budgethilfengeber in Erwägung ziehen.

Bei weniger Armut, Ungerechtigkeit und Ausschluss besteht ein stärkerer Zusammenhalt. Wirtschaft, Beschäftigung und Sozialpolitik bedingen einander. Daher bedeutet sozialer Zusammenhalt neben Investitionen in Humankapital (siehe [Abschnitt 5.3.2](#)) auch Politikkohärenz und wirksame Ausgleichsmechanismen. Diese allgemeine Sichtweise der Gebergemeinschaft und der lateinamerikanischen Länder ist besonders für Nicaragua von Bedeutung, das institutionelle Unterstützung für die Durchführung der erforderlichen Reformen benötigt.

Besondere Maßnahmen zur Stärkung des Handels und der Eingliederung Nicaraguas in die regionale und Weltwirtschaft sind in einer Weise durchzuführen, die einen Beitrag zu einem nachhaltigen und gerechten Wirtschaftswachstum leistet. Die Integration des Handels und die von Nicaragua ratifizierten internationalen Verpflichtungen gelten nicht nur auf zentralamerikanischer Ebene, sondern auch in Bezug auf nationale Politiken zur Förderung der Armen. Dies stellt eine wichtige Herausforderung dar, deren Verwirklichung die EG zusammen mit anderen Gebern weiterhin unterstützt.

Die EG kann dazu durch die Unterstützung der Handelspolitik und -standards sowie Handelsbeziehungen (mit besonderem Schwerpunkt auf kleinen und mittleren Unternehmen) beitragen. Es muss eine enge Verbindung und Kohärenz mit der regionalen Integration auf zentralamerikanischer Ebene bestehen. Teilweise muss die Strategie auf die Verringerung des Handelsbilanzdefizits und die Unterstützung der regionalen Integration, besonders im Hinblick auf ein mögliches Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union, abzielen. Der operative nationale Entwicklungsplan (PNDo) schlägt die Entwicklung der Wirtschaftszweige durch die Unterstützung verschiedener Gruppen mit einem potenziellen Wachstum (Kaffee, Garnelen, Tourismus, Fleisch und Milchprodukte, Holz) vor. Dennoch sollten die Maßnahmen der EG statt auf eine Unterstützung besonderer Sektoren auf eine breit angelegte Unterstützung in Verbindung mit allgemeinen Bedingungen abzielen, wobei die von Nicaragua ratifizierten internationalen Verpflichtungen und die ökologischen Auswirkungen der Maßnahmen zu beachten sind.

#### 5.3.4 Überprüfungs- und Evaluierungsgrundsatz, Risikobewertung

Sowohl das Richtprogramm als auch die Strategie werden jährlich überprüft. In einer bilateralen Sitzung (deren Vorsitz das Ministerium für auswärtige Beziehungen und die Delegation führt) wird die Durchführung der Zusammenarbeit in Nicaragua jährlich überprüft, einschließlich der nicht im Nationalen Richtprogramm (NRP) enthaltenen Finanzierungen. Die Sitzung könnte unter anderem einen Bericht über die Übereinstimmung der Strategie mit der Situation der Konditionalitäten und Indikatoren erarbeiten.

Spätestens 2010 bzw. auf Ersuchen der Kommission oder der Republik Nicaragua bei einer wichtigen Änderung findet eine Halbzeitbewertung oder eine besondere Überprüfung statt, um die Bedingungen des Programms zu bewerten, die Zusammenarbeit zu überprüfen und gegebenenfalls die Länderstrategie und/oder das Nationale Richtprogramm anzupassen. Etwaige Änderungen der Strategie und des Richtprogramms erfolgen nach Beratungen mit den Mitgliedstaaten und der Regierung Nicaraguas.

Die vorgeschlagene Strategie birgt einige sich aus den Umständen ergebende und strukturelle Risiken in Verbindung mit verschiedenen Faktoren, unter anderem die übermäßige Zentralisierung eines stark politisch geprägten Staates, die interne makroökonomische Lage, die geringe Widerstandsfähigkeit gegenüber externen Schocks (Weltwirtschaft und Naturkatastrophen) und schließlich die mit der unzureichenden Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit verbundenen Schwierigkeiten. Obwohl die Hoffnung besteht, dass die politischen Parteien zu einer Zusammenarbeit bereit sind, könnten weiterbestehende politische Spaltungen und politische Unsicherheit in Bezug auf die Wahlen im Jahr 2006 (und vermutlich auch später) den politisch erforderlichen Konsens über die Durchführung des Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung (PRSP) (nationales Entwicklungsprogramm – PND) erschweren. Das Fehlen solider und wirksamer Institutionen sowie die Schwäche des Justizwesens untergraben das Vertrauen und begrenzen die Wirksamkeit einer Politik des sozialen Zusammenhalts. Die Wahl der Schwerpunktsektoren der EG wird dieser Situation gerecht. Auch die Stärkung der Qualität des politischen Dialogs ist eine Reaktion auf die Lage. Sowohl extern (Naturkatastrophen, Handelsbedingungen) als auch intern (Bankensektor, Inlandsverschuldung, Bodenrecht) ist eine geringe wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit vorhanden. Zusammen mit der Gebergemeinschaft und nationalen und regionalen Behörden arbeitet die EG an der Abschwächung der Risiken und ihres Einflusses auf die vorliegende Länderstrategie.

Letztendlich ist die Umstellung auf einen innovativeren Ansatz nicht ohne Risiko. Die EG und die übrigen Geber – besonders im Rahmen der Gruppe der Budgethilfegeber – achten sorgfältig auf die Entwicklung hin zu einer angemessenen Mischung aus Investitionen und Ausgaben, um den Prioritäten des operativen nationalen Entwicklungsplans gerecht zu werden, sowie den Einsatz der Regierung für eine angemessene Finanzverwaltung und sonstige Kontrollpolitiken.

#### 5.3.5 Sektorübergreifende Aufgaben

Für Nicaragua sind einige sektorübergreifende Aufgaben besonders von Bedeutung. Für diese ist möglicherweise eine Finanzierung außerhalb der Schwerpunktsektoren möglich.

Wie in [Abschnitt 5.3](#) dargestellt, ist die Entwicklung der ländlichen Gebiete als horizontale Aufgabe zu betrachten. Die Verringerung des Anteils der hungerleidenden Menschen ist vermutlich das wichtigste und am schwersten zu verwirklichende Millenniums-Entwicklungsziel. Die Analyse der ländlichen Armut zeigt verschiedene Faktoren auf, von denen drei besonders wichtig sind: Bildung, Zugang zu Grund und Boden und konjunkturell nachteilige Faktoren. Diese Faktoren werden direkt oder indirekt durch die vorgeschlagenen Schwerpunktsektoren behandelt. Eine begrenzte Anzahl besonderer Maßnahmen mit Schwerpunkt auf der **Ernährungssicherheit** könnte in Erwägung gezogen werden (Finanzierung über die Ad-hoc-Haushaltlinie).

Nicaragua wird mit großen Schwierigkeiten beim Erreichen eines stärkeren sozialen Zusammenhalts zu kämpfen haben, wenn es sich nicht für einen angemessenen **regionalen Wirtschaftsintegrationsprozess** einsetzt. Eine angemessene Integration in Zentralamerika ist von wesentlicher Bedeutung für die drei festgelegten Sektoren und grundlegend für die Chancen einer globalen Wirtschaft und die Korrektur eines möglichen Verlustes der Wettbewerbsfähigkeit. Die Kommission unterstützt die regionale Integration auf zentralamerikanischer Ebene, diese Frage ist jedoch auch auf nationaler Ebene anzugehen und in andere Tätigkeiten zu integrieren.

Die Notwendigkeit einer besseren Einbeziehung der **ökologischen Nachhaltigkeit** und des Schutzes der natürlichen Ressourcen ist als sektorübergreifendes Thema anzusehen, das in der gesamten Strategie für Nicaragua zu berücksichtigen ist. Die globale Herausforderung des Klimawandels erfordert das größtmögliche Mainstreaming und eine wirksame und kosteneffiziente Antwort, die der Notwendigkeit einer neuen umfassenden Energiepolitik gerecht wird. Die Bewahrung der biologischen Vielfalt, die Bekämpfung der Wüstenbildung, die Berücksichtigung der Gefährdung durch Naturkatastrophen und die Bekämpfung der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen (besonders nativer Wälder und Fischerei) stellen die wichtigsten durchgängig zu berücksichtigenden Themen dar. Eine besondere Finanzierung könnte auch über das thematische Programm als Ergänzung der Schwerpunktsektoren in Betracht gezogen werden. Die fehlende nachhaltige Entwicklung hat sicherlich zur Zunahme der Klimaschäden, Bodendegradierung und der Zerstörung von Wäldern beigetragen. Während der Durchführung und besonders im Rahmen der Erörterung nationaler Strategien unterstützt die Kommission die Möglichkeit der Ausführung einer strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung in enger Zusammenarbeit mit anderen Gebern und der nicaraguanischen Regierung.

Naturkatastrophen und vom Menschen verursachten Katastrophen, ökologische Nachhaltigkeit und der ländliche Sektor sind verwandte Bereiche. Auch das Risikomanagement in enger Verknüpfung mit den verschiedenen Programmen zur Vorbereitung auf Katastrophen bildet einen wichtigen Bereich.

Eigenverantwortung und die persönliche Beteiligung der Interessensgruppen sind wichtige Faktoren für die Nachhaltigkeit. Die direktere Beteiligung der Bevölkerung bei den Entscheidungsabläufen ist von Bedeutung. Die **Dezentralisierung des Staates**, eine nationale Politik, ist eine Möglichkeit zum Erreichen dieses Ziels und stellt daher auch ein sektorübergreifendes Thema dar.

Die zentrale Bedeutung der **Gleichstellung von Mann und Frau** ist in Diskussionen über die nationalen Entwicklungsstrategien zu berücksichtigen und in Politiken und Programmen in allen Lebensbereichen zu fördern. Insbesondere ist die geeignete

Behandlung von geschlechterbezogenen Fragen unter Vermeidung der Stereotypen der nicaraguanischen Gesellschaft wichtig ([siehe Anhang 5.1](#)). Andere Menschenrechtsfragen wie Kinderrechte, indigene Bevölkerung, Kernarbeitsnormen, usw. stellen weitere wichtige sektorübergreifende Themen dar und sind gleichermaßen zu behandeln.

HIV/AIDS und besonders sexuelle und reproduktive Gesundheit sind wichtige Themen im Partnerland. Es wird eine Bewertung der Risiken und Chancen in den vorgeschlagenen Schwerpunktsektoren für die Bekämpfung von HIV/AIDS und anderer Krankheiten durchgeführt. Auch Global Fund befasst sich mit dieser Frage ([siehe Anhang 8.10](#)).

## **6 RICHTPROGRAMM**

### **6.1 Schwerpunkte und Ziele**

Das Nationale Richtprogramm beruht auf der Strategie und umfasst finanzielle und technische Hilfe sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es besteht aus einer Reihe von kommentierenden Bemerkungen, die den Förderrahmen in den Schwerpunktsektoren, die programmierten vorläufigen Mittelbindungen und ein detailliertes und eingehendes Schema der Förderaktivitäten umreißen.

Die endgültige Auswahl der Programme und Projekte und der entsprechenden Förderbeträge erfolgt anhand der Ergebnisse der von der Kommission durchgeführten Auswertungen und Studien in Einklang mit ihren globalen Politiken und in Kohärenz mit den nationalen nicaraguanischen Politiken.

Die Kohärenz zwischen dem Staatshaushalt und den nationalen Politiken muss ein Schlüsselement für die Entscheidung über die Unterstützung einer Maßnahme darstellen, um die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Bei der Unterstützung von Sektorpolitiken hat die Kommission stets diese Kohärenz zu bewerten.

Spätestens 2010 erfolgt eine Halbzeitbewertung, um die Bedingungen des vorliegenden Programms zu bewerten, die Zusammenarbeit zu überprüfen und den zweiten Teil des nationalen Richtprogramms anzupassen und festzulegen.

### **6.2 Sektoren für die Zusammenarbeit**

Da Sektorkonzepte (mit denen bereits in der vorhergehenden Länderstrategie begonnen wurde) die Grundlage für die Durchführung der Länderstrategie bilden, werden die Maßnahmen der EG vollständig in die Geberkoordinierung integriert. Im Rahmen der von der Regierung geleiteten Koordinierungsmechanismen werden die Ziele und Ergebnisse in den verschiedenen Sektoren genauer definiert.

In diesem Zusammenhang stellen nicht zweckgebundene Budgethilfen die bevorzugte Finanzierungsart dar. Die Mittel der EG werden vollständig in die Kofinanzierungsvereinbarung (JFA) bzw. etwaige von der Gruppe der Budgethilfegeber erstellte Folgedokumente integriert. Die Ergebnisindikatoren werden gemeinsam mit den anderen Gebern, die an den verschiedenen Koordinierungsgremien teilnehmen, bewertet.

Die Beratung mit den verschiedenen Akteuren zeigt die Notwendigkeit eines Aufbaus von Kapazitäten, insbesondere das Professionalisieren einer derzeit auf politischen Loyalitäten statt Kapazitäten beruhenden Regierung. Die Einstellung von Investitionen in Sektoren mit einer sehr hohen Fluktuation der Beamten stellt die Herausforderung dar. Daher wird der Aufbau besonderer Kapazitäten für alle Schwerpunktsektoren und möglichen

sektorübergreifenden Themen angeboten. Diese Komponente umfasst gegebenenfalls die Unterstützung für Harmonisierung und Angleichung. Diese technische Hilfe beläuft sich auf 5 % des nationalen Richtprogramms.

Die Erfahrung im Rahmen der Länderstrategie 2002-2006 zeigte die Notwendigkeit auf, dass die nationale Verwaltung dieses internationale Fachwissen nutzt. Die internationale Erfahrung ist von besonderer Bedeutung. Im Rahmen der Hilfe ist zudem ein besseres Kommunikationssystem zwischen Regierung und Zivilgesellschaft sowie zwischen Zivilgesellschaft und Gebergemeinschaft anzustreben. Auch eine Erläuterung der Funktionsweise des Sektorkonzeptes ist erforderlich.

### 6.2.1 Verantwortungsvolle Staatsführung und Demokratie

Schwerpunkte und Ziele: Dieser Sektor bezieht sich auf das institutionelle und Demokratiedefizit in Nicaragua. Daher sind die Ziele dieses äußerst wichtigen Sektors nicht mit der makroökonomischen Situation, sondern mit der politischen Situation und ihrer Entwicklung verbunden. Die EG und andere Geber, insbesondere die Mitgliedstaaten, müssen sich die Verantwortung für die Entwicklung der Demokratie und verantwortungsvollen Staatsführung durch die Überwachung der Rechnungslegung, die Bestrafung von Korruption, die Schaffung von Möglichkeiten für den Dialog, usw. teilen. Die Zivilgesellschaft ist in diese Überwachung einzubeziehen.

Besondere Ziele: Unterstützung einer wirksamen Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit und eine tatsächliche Gewaltenteilung, auch zur Bekämpfung der Rechtsunsicherheit in Bezug auf Eigentum und Bodenrecht sowie andere Fragen der Staatsführung.

Erwartete Ergebnisse: Da ein Konsens zwischen den verschiedenen politischen Bewegungen nur schwer zu erreichen ist, verfügen die nicaraguanischen Behörden über keine besondere Indikatorenreihe. Einige für Nicaragua wichtige Indikatoren werden in [Anhang 11.1 und 11.2](#) dargestellt. Diese Indikatoren sind relativ unvollständig und vage. Es überrascht nicht, dass so wenige Indikatoren veröffentlicht sind. Es besteht nicht einmal ein besonderes Millenniums-Entwicklungsziel zu diesem Thema.

Unter anderem könnten die folgenden Maßnahmen in diesem Sektor finanziert werden: i) Maßnahmen in Zusammenhang mit dem Aufbau von Kapazitäten im Regierungssektor, ii) Maßnahmen in Zusammenhang mit der steuerlichen Umverteilung und Steuerhinterziehung, iii) Zugang zur Justiz (bei einer positiven Bewertung des früheren Projekts).

Durchzuführende Programme: Verantwortungsvolle Staatsführung und Demokratie könnten sich über besondere Projekte und Programme auf etwa 20 % des nationalen Richtprogramms belaufen. Dies ist über ein Sektorprogramm und, falls möglich, Budgethilfen durchzuführen.

Mehr als in anderen Sektoren muss die EG in diesem Bereich ihre Kapazität und die Verfügbarkeit eines politischen Dialogs und Beratung ausbauen und die Kohärenz zwischen politischen Instrumenten und Instrumenten der Zusammenarbeit stärken. Daher steht der Delegation ein besonderer Betrag in Höhe von etwa 2,5 % jedes Richtprogramms für begrenzte politische Maßnahmen in Verbindung mit der Staatsführung und verwandten Themen, zur Bekanntmachung der Tätigkeit der

Europäischen Union und zur Unterstützung unterschiedlicherer wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Aktivitäten, die mit der besonderen politischen Agenda der EU mit Nicaragua in Einklang stehen, zur Verfügung. Es soll sich um einen flexiblen Finanzierungsmechanismus (Fazilität für kleine Maßnahmen) handeln, der eine schnelle Reaktion auf kleine Finanzierungsanfragen oder mit dem Sektor verbundenen Bedarf ermöglicht.

### 6.2.2 Bildungswesen

Schwerpunkte und Ziele: Das umfassende Ziel besteht in der quantitativen und qualitativen Hebung des Lebensstandards unter besonderer Betonung der Bildung und vor allem der Berufsausbildung.

Besondere Ziele und geplante Empfänger: Durch die Finanzierung dieses ersten sektorbezogenen Ansatzes ging die EG eine langfristige Verpflichtung ein und setzt die Unterstützung und Kofinanzierung des Nationalen Bildungsplans 2001-2015 mit besonderem Schwerpunkt auf Grund- und Sekundarschulen sowie Berufsbildung auf Grundlage einer Bewertung des Bedarfs des privaten Sektors fort. Dies wird weiterhin das besondere Ziel sein. Besondere Aufmerksamkeit wird nicht nur den Millenniums-Entwicklungszielen im Bereich der Bildung, sondern auch der Qualität des Unterrichts und des Lehrplans gewidmet.

Erwartete Ergebnisse: Der Beitrag der EG unterstützt Nicaragua bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele im Bereich der Bildung. Da die Einführung eines Sektorkonzepts stets im Bildungsbereich erfolgte, ist das erwartete Ergebnis mit dem Ergebnis des Nationalen Bildungsplans verbunden. Eindeutige und zahlreiche Indikatoren sind vorhanden. Einige von ihnen sind [Anhang 11.3](#) zu entnehmen.

Die Regierung und die Gebergemeinschaft entwerfen derzeit eine Reihe neuer Indikatoren (Kontext, Input, Output, Ergebnis) auf Grundlage des Konzepts der Millenniums-Entwicklungsziele. Drei Ergebnisindikatoren lauten: Abschluss der Primarschule, Analphabetenrate und durchschnittlicher Bildungsstand der Bevölkerung. Die wichtigsten Verpflichtungen der Regierung bestehen in der Umsetzung der politischen Maßnahmen zur Ausweitung der Bereitstellung von Schulen, der Weiterverfolgung der Reform der weiterführenden Schulbildung und Erfüllung der Nachfrage des privaten Sektors nach beruflicher Ausbildung. In diesem Zusammenhang ist der den Universitäten zugewiesene Anteil von 6 % des Staatshaushalts und sein Einfluss auf die Maßnahmen der EG<sup>39</sup> ein wichtiges Thema.

Durchzuführende Programme und Art der Hilfe: Sämtliche Maßnahmen im Bereich der Bildung werden nach dem Sektorkonzept (der Gesamtbetrag beläuft sich auf etwa 35 % des Nationalen Richtprogramms) als Weiterverfolgung früherer Finanzierungen durchgeführt.

---

<sup>39</sup> Nach dieser verfassungsrechtlichen Bestimmung haben die Universitäten Anspruch auf einen Betrag von 6 % jedes Darlehens oder Zuschusses, besonders der Budgethilfen, ungeachtet der Bedingungen der Finanzierungsvereinbarung.

### 6.2.3 Wirtschafts- und handelspolitische Fragen

Schwerpunkte und Ziele: In diesem Sektor bestehen zwei Ziele: Unterstützung des makroökonomischen Rahmenwerks und Unterstützung des Wirtschafts- und Investitionsklimas. Die Unterstützung des makroökonomischen Rahmenwerks besteht in der Bereitstellung einer Finanzierung für die Nationale Entwicklungsstrategie. Als weiteres Ziel soll das Wirtschafts- und Investitionsklima, eine der Grundlagen für Wirtschaftswachstum, gefördert werden, besonders in Verbindung mit den Herausforderungen der regionalen Integration.

Besondere Ziele: Die EG unterstützt zusammen mit anderen Gebern, die Budgethilfen bereitstellen, das makroökonomische Rahmenwerk durch die Mitfinanzierung der Kofinanzierungsvereinbarung, die an die Nationale Entwicklungsstrategie angeglichen ist.

Zur Verbesserung des Wirtschafts- und Investitionsklimas wurde im Rahmen der Länderstrategie 2002-2006 ein erstes TRTA-Projekt finanziert (Unterstützung von landwirtschaftlichen Ausfuhren zur Erfüllung der Verordnungen der EU im Bereich des Gesundheits- und Pflanzenschutzes). Es handelt sich jedoch um ein sehr spezifisches Thema und es besteht die Notwendigkeit einer längerfristigen Perspektive: Das Engagement Nicaraguas für die regionale Integration ist jetzt eindeutig. Daher muss das Land seine Kapazitäten zur Planung von Politik festigen, mögliche Integrationsschocks abschwächen und die Vorteile maximieren.

Die Kohärenz mit internationalen und regionalen Verpflichtungen, besonders die künftige Verhandlung eines Assoziationsabkommens mit Zentralamerika und der Europäischen Union, ist grundlegend und ebnet den Weg zu einer breiten Palette an Maßnahmen. Die folgenden Punkte könnten berücksichtigt werden: i) Unterstützung der Erfüllung der regionalen und internationalen Verpflichtungen, ii) Unterstützung der Entwicklung eines umweltfreundlichen Industrialisierungssystems, einschließlich eines normativen Rahmen, usw., iii) Erfahrungsaustausch zwischen nicaraguanischen und europäischen Akteuren, iv) Unterstützung einer Strategie kleiner und mittlerer Unternehmen, v) Ad-hoc-Aktionen zur Unterstützung von Berufsverbänden bei der Erbringung von Dienstleistungen (d. h. Unternehmensberatung), vi) Normen und Standards die der Zollverwaltung dienen um den Handel zu fördern, und die Anerkennung Internationaler Standards zur Sicherung und Erleichterung des Welthandels der Weltzollorganisation gewährleisten. (WZO), vi) Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung internationaler Arbeitsnormen. Per Definition ist das „*maquilas*“-System aufgrund der niedrigen Wertschöpfung für das Land auszuschließen. Diese Komponente wird auf Grundlage einer bis spätestens 2007 durchzuführenden Studie zur Bewertung des Bedarfs des Handels erarbeitet.

Erwartete Ergebnisse: Die erwarteten Ergebnisse und Ergebnisindikatoren für die makroökonomische Nachhaltigkeit werden an die der gemeinsamen Finanzierungsvereinbarung angeglichen. Für das Wirtschafts- und Investitionsklima werden in den verschiedenen Regierungspapieren zahlreiche Indikatoren genannt. Einige werden in [Anhang 11.4](#) dargestellt. Allerdings müssen noch weitere Indikatoren für die Rechtssicherheit, Förderung der Verwaltung, usw. entwickelt werden. Diese Indikatoren sind nach der internationalen Agenda und den mit der künftigen Verhandlung eines Assoziationsabkommens zwischen Zentralamerika und der Europäischen Union verbundenen Anforderungen zu konzipieren.

Durchzuführende Programme und Art der Hilfe: Etwa 40 % des nationalen Richtprogramms könnten wirtschaftlichen Themen zugewiesen werden, die Hälfte für das makroökonomische Rahmenwerk und die Hälfte für die Verbesserung des Wirtschafts- und Investitionsklimas in einem allgemeinen Programm mit zwei Arten von Indikatoren. Der Teil für das Wirtschafts- und Investitionsklima könnte durch spezifische Ad-hoc-Maßnahmen nach dem während der Vorbereitungsphase festgestellten besonderen Bedarf ergänzt werden.

### **6.3 Integration von sektorübergreifenden Themen**

Sektorübergreifende Themen sind im Rahmen der Konzipierung einer Maßnahme von Bedeutung. Bei der Entwicklung spezifischer Strategien und Sektorstrategien bilden sie zudem wichtige Themen für den sektoralen und globalen Dialog. Die wichtigsten sektorübergreifenden Themen für Nicaragua werden in [Abschnitt 5.3.5](#) dargestellt.

Im Rahmen der Sektorkonzepte ist eine andere Art der Berücksichtigung von sektorübergreifenden Themen erforderlich. Sektorübergreifende Themen müssen bei den Diskussionen und dem politischen Dialog mit der Kommission und den übrigen Gebern sowie den Konsultationen zum nationalen Sektor und Entwicklungspolitiken ein wichtiges Element darstellen.

Für jedes der folgenden sektorübergreifenden Themen ist in jedes Dokument zur Feststellung bzw. jeden Finanzierungsvorschlag eine kurze Analyse aufzunehmen: Gleichstellung von Mann und Frau, Umwelt und Anfälligkeit sowie Handel. Die Berücksichtigung dieser Themen während der Durchführung ist für die spezifischen Maßnahmen zur Erläuterung. Sektorprogramme müssen eine Übersicht über die durchgängige Berücksichtigung dieser Themen durch das Land beinhalten. Besondere Aufmerksamkeit wird der „ländlichen Seite“ der Finanzierung gewidmet. Zudem ist eine besondere Analyse der Verfügbarkeit der Mittel und der Auswirkungen auf die regionale Integration durchzuführen. Für den Umweltbereich ist die Option der Durchführung einer strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung ein wertvolles Instrument für die Entscheidungsfindung und wird von der EG unterstützt.

Zusätzlich zum Mainstreaming kann für sektorübergreifende Themen über thematische Programme und das IEDDH-Instrument eine besondere Ad-hoc-Finanzierung zur Verfügung gestellt werden.

### **6.4 Indikatives Arbeitsprogramm**

Das Nationale Richtprogramm umfasst lediglich finanzielle und technische Hilfe sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit. Für jeden Sektor wird eine Prognose dargestellt. Der genaue Betrag ist jedoch an die Notwendigkeiten und Ziele anzupassen (und nicht umgekehrt). Das Arbeitsprogramm für Nicaragua besteht aus zwei Nationalen Richtprogrammen, eines von 2007 bis 2010, das andere von 2011 bis 2013. Vor Beginn des zweiten Nationalen Richtprogramms erfolgt eine Halbzeitbewertung der Länderstrategie. Das zweite Nationale Richtprogramm ist lediglich vorläufig, da die Ergebnisse der Halbzeitbewertung zu Änderungen führen können. Die Zuweisung für Nicaragua im Zeitraum 2007-2013 wurde auf 214 Mio. EUR festgelegt.

Da es sich bei der Unterstützung der EG hauptsächlich um sektorale Unterstützung handelt, sind Mittelbindungen und Zahlungen jedes Jahr ähnlich. Dies ermöglicht kalkulierbarere Mittel für den nicaraguanischen Staat gemäß den Verpflichtungen der EG gegenüber der OECD/DAC. Einige Maßnahmen werden bis 2008 verschoben, da im Jahr

2007 noch Maßnahmen im Rahmen des vorherigen Nationalen Richtprogramms durchgeführt werden.

Länderstrategiepapier 2007-2013		2007	2008	2009	2010	2011-3
		NRP 1				NRP 2
<i>Institutionelle Unterstützung für Sektorprogramm</i>	5,0%		2,5%			2,5%
<b>Staatsführung und Demokratie</b>						
Governance Facility	2,5%	1,5%				1,0%
Staatsführung und Demokratie	15,0%		2,5%	2,5%	2,5%	7,5%
<b>Bildung</b>						
Unterstützungsprogramm Bildung	35,0%	5,0%	5,0%	5,0%	5,0%	15,0%
<b>Wirtschafts- und handelspolitische Themen</b>						
Makroökonomische Unterstützung	20,0%		2,8%	3,2%	3,6%	10,4%
Investitions- und Wirtschaftsklima	22,5%	2,5%	3,0%	3,4%	3,4%	10,2%

(in % des Gesamtbetrages)

Halbzeitbewertung

## 6.5 Im Rahmen anderer EG-Programme und –Instrumente finanzierte Maßnahmen

Zusätzlich zum Nationalen Richtprogramm profitiert Nicaragua vom Regionalen Richtprogramm für Zentralamerika und vom Regionalen Richtprogramm für Lateinamerika nach der jeweiligen Programmplanung.

Weitere Maßnahmen können in Nicaragua über besondere thematische und horizontale Programme und Instrumente finanziert werden. Sie verfügen über ihre eigene Programmplanung. Die Ziele dieser Programme und Instrumente sind folgende:

- Stärkung der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Entwicklungsagenda, Sektorpolitiken und die Initiative für Harmonisierung und Angleichung;
- stärkere Berücksichtigung von sektorübergreifenden Themen.

Dies betrifft besonders Folgendes:

- die regionale Integration, die im Regionalen Strategiepapier für Zentralamerika behandelt wird (siehe [Anhang 9](#));
- die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte, besonders für Staatsführung, Gleichstellung von Mann und Frau sowie Fragen ethnischer Minderheiten (siehe Anhänge [8.7](#) und [8.8](#));
- Im Rahmen des thematischen Programms zum Thema „Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, einschließlich Energie“ können Maßnahmen, die mit den Prioritäten für Nicaragua in Einklang stehen, gegebenenfalls finanziert werden (siehe [Anhang 8.9](#)). Durch das Entwerfen eines guten Referenzrahmens ist dem Thema der Nachhaltigkeit besondere Aufmerksamkeit zu widmen.
- Ernährungssicherheit und DIPECHO: Die Überwachung und Verbesserung der strukturellen „Ernährungsunsicherheit“ als Ergänzung zu den Schwerpunktsektoren in einer Region, in der häufig Naturkatastrophen auftreten, ist fortzusetzen (siehe Anhänge [8.12](#) und [8.16](#)), um dieses äußerst wichtige sektorübergreifende Thema stärker zu berücksichtigen.

- Kofinanzierung nichtstaatlicher Akteure: Diese Haushaltslinie wird in Nicaragua stets häufig in Anspruch genommen. Der Unterstützung der Beteiligung nichtstaatlicher Akteure am Prozess der Festlegung und Erörterung von Politiken sollte gegenüber der Finanzierung lokaler Projekte Vorrang eingeräumt werden. Im Rahmen des thematischen Programms „*Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess*“ ist Vorschlägen zur Ergänzung der Schwerpunktsektoren und ihrer wichtigsten sektorübergreifenden Themen Vorrang zu geben (siehe [Anhang 8.18](#)).
- Hochschulen und F&E: Als ärmstes Land Lateinamerikas darf Nicaragua neben der Grundbildung und Berufsbildung im Rahmen der Hochschulausbildung und von F&E (siehe [Anhang 8.6](#)) nicht außer Acht gelassen werden. Hochschulausbildung und F&E sind von Bedeutung für die Staatsführung und Kapazitäten und haben wichtige Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und regionale Integration.

## ABKÜRZUNGEN:

ALBAN	<i>América Latina – Becas de Alto Nivel</i> (Lateinamerika – Programm für hoch qualifizierende Stipendien)
ALFA = $\alpha$ LFA	<i>América Latina – Formación Académica</i> (Lateinamerika – akademische Ausbildung)
ALOP	<i>Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción</i> (lateinamerikanischer Verband der Förderungsorganisationen)
BPI	<i>Bono Para Indemnización</i> (Schuldverschreibungen zur Beihilfe)
CAFTA	Zentralamerikanische Freihandelszone
CAP	Gemeinsame Agrarpolitik
CENI	<i>Certificados Negociables de Inversión</i> (marktfähige Investitionszertifikate)
CONPES	<i>Consejo Nacional de Planificación Económica Social</i> (Nationaler Rat für wirtschaftliche und soziale Planung)
CSE	<i>Consejo Suprema Electoral</i> (Oberster Wahlrat)
CSJ	<i>Corte Suprema de Justicia</i> (Oberster Gerichtshof)
CSP	Länderstrategiepapier
CSR	Soziale Hauptverantwortung
DRI	Integrierte(s) Projekt(e) der ländlichen Entwicklung
EG	Europäische Kommission
EFA-FTI	Education For All – Fast Track Initiative
EIB	Europäische Investitionsbank
ERCERP	<i>Estrategia Reforzada de Crecimiento Económico y reducción de la Pobreza</i> (Verstärkte Strategie für Wirtschaftswachstum und Armutsminderung)
EU	Europäische Union
FDI	Ausländische Direktinvestitionen
FSLN	<i>Frente Sandinista de Liberación Nacional</i> (Sandinistische nationale Befreiungsfront)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BNE	Bruttonationaleinkommen
GoN	Regierung von Nicaragua
GSP	Allgemeines Präferenzsystem
HIPC	Hochverschuldete arme Länder
H&A	Harmonisierung und Angleichung
IDA	Internationale Entwicklungsagentur (Weltbankgruppe)
IEDDH	Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
IWF	Internationaler Währungsfonds
INIM	<i>Instituto Nicaragüense de la Mujer</i> (nicaraguanisches Fraueninstitut)
JCLA	Joint Country Learning Assessment (gemeinsame Bewertung der Lernerfolge des Landes)
JFA	Joint Financing Arrangement (Kofinanzierungsvereinbarung)
LAC	Lateinamerikanische Länder
MDGs	Millennium-Entwicklungsziele
MTEF	Mittelfristiger Rahmen der Staatsausgaben
NRP	Nationales Richtprogramm
NRO	Nichtregierungsorganisation
NL	Niederlande
NSA	Nichtstaatlicher Akteur

OECD-DAC	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - Entwicklungshilfesausschuss
OIT	Internationale Arbeitsorganisation
PAM	Leistungsbewertungsmatrix
PANic	<i>Plan ambiental de Nicaragua</i> (Umweltrahmenplan von Nicaragua)
PLC	<i>Partido Liberal Constitucionalista</i> (liberale Partei)
PND	<i>Plan Nacional de Desarrollo</i> (Nationaler Entwicklungsplan)
PND <sub>o</sub>	<i>Plan Nacional de Desarrollo operativo</i> (operativer nationaler Entwicklungsplan)
PNE	<i>Plan Nacional de Educación</i> (Nationaler Bildungsplan)
ppp	Kaufkraftparität
PRGF	Fazilität zur Armutsreduzierung und Wachstumsförderung
PRSP	Strategiepapier zur Armutsbekämpfung
F&E	Forschung und Entwicklung
RSP	Regionales Strategiepapier
SPS	Gesundheits- und Pflanzenschutz
SICA	<i>Sistema de la Integración Centroamericana</i> (zentralamerikanisches Integrationsystem)
SIECA	<i>Secretaría de Integración Económica Centroamérica</i> (Sekretariat des zentralamerikanischen Integrationsprozesses)
SWAp	Sector Wide Approach, sektorbezogener Ansatz
TRTA	Handelsbezogene technische Hilfe
UE	Unión europea (Europäische Union)
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
US, USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USD	US-Dollar
WB	Weltbank